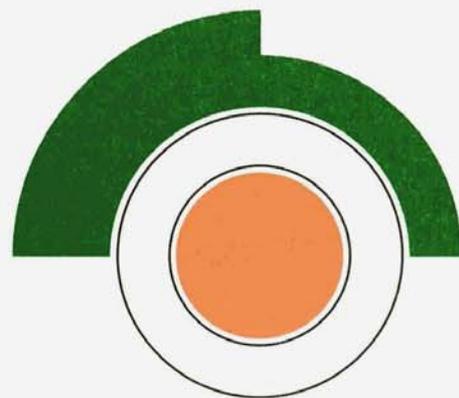


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 9



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 21.5.1997

WORT UND WIDERWORT

Was kann das Land gegen steigende Abfallgebühren tun?

Zur Vermeidung von drastisch steigenden Abfallgebühren infolge von leerstehenden Kapazitäten in Behandlungsanlagen müßten diejenigen Deponien, die nicht dem Stand der Technik entsprechen, in einem abgestuften Verfahren je nach ihrer ökologischen Gefährlichkeit geschlossen und saniert werden. Auch der Weg von Abfällen in die „Scheinverwertung“, den viele vor allem gewerbliche Abfallerzeuger unter Berufung auf das Kreislaufwirtschaftsgesetz heute suchen, müsse gestoppt werden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD). Der CDU-Abgeordnete **Werner Stump** betont, angesichts der fatalen Entwicklung müsse die Landesregierung drei entscheidende Korrekturen in ihrer Abfallpolitik vornehmen: Sie müsse ein aktuelles und umfassendes Daten- und Mengengerüst erstellen und die großräumige Abfallbehandlung und -entsorgung zur Auslastung der hochwertigen Anlagen in NRW endlich aktiv unterstützen. Ferner müsse sie die Förderung der ökologisch und ökonomisch unsinnigen biologisch-mechanischen Anlagen einstellen. Der GRÜNE-Abgeordnete **Gerd Mai** erläutert, mit Kooperationen bei der Nutzung der Verwertungs- und Behandlungsanlagen sowie der Deponien könnten die Städte und Kreise den Anstieg der Abfallgebühren begrenzen. Das Umweltministerium unterstütze solche Kooperationen und fördere die Entwicklung biologisch-mechanischer Anlagen, wie sie in den Regierungsbezirken Detmold, Münster und Köln auch als Alternative zur Müllverbrennung schon geplant seien. (Seite 2)

Clement sieht in Transrapid Verkehrsmittel der Zukunft Projekt für China interessant

Verkehrsminister **Wolfgang Clement** (SPD) sieht im Transrapid eine außerordentlich wichtige technologisch-wissenschaftliche Entwicklung, die als Verkehrsmittel der Zukunft sicher eine große Bedeutung habe.

In einer Fragestunde des Landtags erklärte der Minister auf eine Mündliche Anfrage des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden **Herbert Reul**, vorgetragen von seinem Fraktionskollegen **Heinz Hardt**, ihn habe es bei seinem kürzlichen Aufenthalt in China gefreut zu hören, daß dieses Projekt unter anderem für die Verbindung Schanghai-Peking unverändert im Gespräch sei. Er persönlich glaube, daß, wenn man ein solches Projekt in anderen Staaten, wie in China, bald zum Einsatz bringen wolle, es dann empfehlenswert sei, wenn man auch eine entsprechende Referenzstrecke habe.

„Ich halte es für ein Problem, daß wir darüber in der Bundesrepublik Deutschland nicht rechtzeitig anders gesprochen haben, als wir gesprochen haben.“ Vermutlich wäre eine internationale europäische Lösung ein vernünftiger Weg gewesen, um dieses Ver-

kehrsmittel auch vermarkten zu können. Hier zeige sich beim Transrapid eine der Schwächen in Deutschland. Man sei ziemlich gut in Spitzentechnologien, aber schlecht in der Vermarktung.



„Es führt ein Zug nach nirgendwo...“

Die Woche im Landtag

Sozialhilfe

Auf ein geteiltes Echo im nordrhein-westfälischen Landtag sind die Bonner Pläne zur Pauschalierung einmaliger Leistungen gestoßen. (Seite 4)

Rundfunkwelt

Auch in der neuen digitalen Rundfunkwelt mit bis zu 150 Programmen im Kabel darf der Mensch nicht zu kurz kommen. (Seite 5)

Luftverkehr

Kontrovers wurden Vorschläge der GRÜNEN zur Einschränkung des Luftverkehrs in einer Aktuellen Stunde des Landtags erörtert. (Seite 6)

Strafvollzug

Hohe Ausländerzahlen sind eine Ursache für die angespannte Belegungssituation im geschlossenen Strafvollzug des Landes. (Seite 9)

Olympiade

Der Sportausschuß hat sich einstimmig für eine mögliche Bewerbung des Rhein-Ruhr-Raumes für die Ausrichtung der Sommer-Olympiade 2008 ausgesprochen. (Seite 10)

Feriengebiet

Das oberbergische Feriengebiet Reichshof ist für alle Leute, die noch eine fast unberührte Natur suchen, ein Geheimtip. (Seite 16)

Zeichnung: Paulmichl (Münstersche Zeitung)

WORT UND WIDERWORT

Vermeiden vor Verwerten, vor Behandeln und Ablagern

Von
Dr. Bernhard Kasperek

Ziel der Abfallpolitik des Landes muß es sein, die ökologische Entsorgungssicherheit zu gewährleisten und dabei die Gebühren im Griff zu behalten. Es kommt entscheidend darauf an, eine Auslastung der vorhandenen, dem Stand der Technik entsprechenden Behandlungsanlagen zu erreichen. Gleichzeitig muß so schnell wie möglich die ökologisch unvertretbare Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle auf Deponien beendet werden.

Hauptproblem der Abfallpolitik ist z. Zt. die Deponierung solcher unbehandelter Abfälle auf Deponien, die nicht den Anforderungen der TA-Siedlungsabfall entsprechen. Diese sind die Altlasten der Zukunft. Eine solche Deponierung zu ökologischen und ökonomischen Dumpingpreisen ist um so weniger akzeptabel, als gleichzeitig die vorhandenen, unter erheblichem Einsatz von Gebührengeldern errichteten Müllverbrennungsanlagen nicht ausgelastet werden können. Für die SPD-Landtagsfraktion ist klar, daß diejenigen Gebietskörperschaften und ihre Bürgerinnen und Bürger, die in den letzten Jahren aus Gründen der ökologischen und ökonomischen Vernunft Behandlungskapazitäten geschaffen haben, dafür nicht im Übergangszeitraum bis zum endgültigen Inkrafttreten der TA-Siedlungsabfall im Jahr 2005 bestraft werden

SPD: Deponierung unbehandelter Abfälle muß beendet werden

dürfen. Sie haben die Vorgaben der Bundes- und Landesabfallgesetze aufgegriffen und in Abstimmung mit den Bezirksregierungen und der Landesregierung umgesetzt. Sie haben heute Anspruch darauf, daß die Politik Verlässlichkeit und Kontinuität beweist.

Zur Vermeidung von drastisch steigenden Abfallgebühren infolge von leerstehenden Kapazitäten in Behandlungsanlagen müssen darum diejenigen Deponien, die nicht dem Stand der Technik entsprechen, in einem abgestuften Verfahren je nach ihrer ökologischen Gefährlichkeit geschlossen und saniert werden. Die Schaffung weiterer Kapazitäten, insbesondere ökologisch fragwürdiger, wie z. B. mechanisch-biologischer Behandlungsanlagen, muß unterbleiben. Solange vorhandene Behandlungskapazitäten zur Verfügung stehen, würden solche Experimente nur zur Explosion der Gebühren führen. Auch der Weg von Abfällen in die „Scheinverwertung“, den viele vor allem gewerbliche Abfallerzeuger unter Berufung auf das Kreislaufwirtschaftsgesetz heute suchen, muß gestoppt werden. Grundsätzlich gilt weiterhin die abfallpolitische Hierarchie: Vermeiden vor Verwerten, vor Behandeln und Ablagern. Die Anstrengungen in dieser Hinsicht müssen aber in einem ökonomisch und ökologisch vernünftigen Rahmen erfolgen.

Für einen Übergangszeitraum muß außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, Abfälle auch von außerhalb Nordrhein-Westfalens in nordrhein-westfälischen Anlagen zu behandeln. Dies muß solange gelten, bis die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten geschaffen sind, eine Behandlung nach dem Stand der Technik für alle in Nordrhein-Westfalen anfallenden Siedlungsabfälle sicherzustellen und damit die bestehenden Verbrennungsanlagen und die der TA-Siedlungsabfall entsprechenden Deponien auszulasten.

Von
Werner Stump

Gebühren für Abfall und Abwasser entwickeln sich in Nordrhein-Westfalen für die privaten Haushalte zusehends zur zweiten Miete. Die Rahmenbedingungen für die besorgniserregende Gebührensituation sind in den letzten 10 Jahren geschaffen worden. Auf der Grundlage unzureichender und veralteter Daten hatte die SPD-Landesregierung die entsorgungspflichtigen Körperschaften dazu gezwungen, den Abfall in eigenen Anlagen zu behandeln und zu entsorgen. Das Ergebnis waren Fehlplanungen, Fehlinvestitionen und hohe Abfallgebühren.

Heute muß es darum gehen, aus den alten Fehlentscheidungen zu lernen und keine neuen Fehler zu begehen. Leider ist die rot-grüne Landesregierung nicht bereit, Konsequenzen aus der Vergangenheit zu ziehen. Wir müssen uns an großflächige, die Regierungsbezirks- und Landesgrenzen überschreitende Entsorgungsräume gewöhnen, damit unsere technisch hochstehenden Anlagen ausgelastet sind. Wer – wie die Lan-

CDU: Drei Korrekturen in Abfallpolitik vornehmen

desregierung – diese Entwicklung torpediert, ist für die hohen Gebühren verantwortlich.

Darüber hinaus stellt die Abfall-Politik der Regierung Rau/Höhn erneut die Weichen falsch – mit fatalen Folgen für Umwelt und Gebührenzahler. Mechanisch-biologische Anlagen (MBA) – der Hauptfehler im Konzept der grünen Umweltministerin – sind ökologisch unsinnig: Der in diesen Anlagen behandelte Abfall erfüllt nicht die strengen Umweltkriterien der Technischen Anleitung (TA) Siedlungsabfall, die 1993 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde. MBA sind außerdem ökonomisch unsinnig, weil sie die Auslastungsprobleme der Müllverbrennungsanlagen (MVA) vergrößern. Dabei ist die MVA-Technik derzeit die einzige Form umweltgerechter Abfallbehandlung im Sinne der TA Siedlungsabfall. Die Zeche dieser ideologisch motivierten Politik begleichen die gebührenzählenden Bürger, Wirtschaft und Kommunen.

Angesichts der fatalen Entwicklung muß die Landesregierung drei entscheidende Korrekturen in ihrer Abfallpolitik vornehmen: Sie muß ein aktuelles und umfassendes Daten- und Mengengerüst erstellen; sie muß die großräumige Abfallbehandlung und -entsorgung zur Auslastung der hochwertigen Anlagen in NRW endlich aktiv unterstützen, statt sie zu blockieren; sie muß die Förderung der ökologisch und ökonomisch unsinnigen MBA-Politik korrigieren und die Förderung für diese Anlagen einstellen.

Von
Gerd Mai

Die steigenden Abfallgebühren werden zu einem Thema, über das in unseren Städten und Gemeinden in den nächsten Jahren noch heftig gestritten werden wird. In den vergangenen Jahren ist es in unseren Kommunen zu drastischen Gebührenerhöhungen gekommen, die Abfallgebühren erhöhten sich teilweise um den Faktor 10! Der Schutz unserer Umwelt, d. h. Maßnahmen zur Abfallberatung und -vermeidung, zur Kompostierung und ökologischen Verwertung sowie zur Restabfallbehandlung sind natürlich nicht zum Nulltarif zu haben. Die Gebührenerhöhungen sind jedoch nur zum Teil mit verbesserten Umweltschutzstandards zu begründen. Eine Ursache war das einseitige, alternativlose Setzen auf die Technologie der Müllverbrennung (MVA). Solche Anlagen – eine MVA kostet heute rund eine Milliarde Mark – wurden zuhauf in NRW errichtet und noch vor der Landtagswahl waren sechs Neuanlagen geplant.

Die größte Gefahr für eine Explosion unserer Abfallgebühren sehe ich in der zunehmenden privatwirtschaftlichen Monopolisierung der Abfallwirtschaft. Im Rheinland hat ein großes Abfallwirtschaftsunternehmen große Anteile bei den Verwertungs- und Entsorgungsanlagen in Bonn, Köln, Leverkusen, Aachen, Mönchengladbach, Krefeld, Oberhausen, Essen und den Kreisen Ertf, Neuss,

GRÜNE: Mit Druck von unten teure Fehlplanungen stoppen

Viersen erworben. In Westfalen folgt diesem Beispiel zur Zeit ein anderes Großunternehmen. Dieses private Kartell wird zukünftig die Preise und Gebühren bestimmen, zu Lasten der Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Die Ursache für diese Entwicklung sind im neuen Abfallgesetz und der Verpackungsverordnung der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung sowie in dem Filz – rheinisch: Klüngel – von kommunaler Politik und der Entsorgungswirtschaft zu suchen.

Die neue Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) will hier auch mit der Novelle des Landesabfallgesetzes gegensteuern. Sie hat erreicht, daß mit einer restriktiven Bedarfsprüfung die Pläne für neue Müllverbrennungsanlagen aufgegeben wurden. Lediglich die Stadt Köln beharrt darauf, eine eigene MVA zu bauen. Bärbel Höhn wird nun – neben verstärkten Aktivitäten bei der Abfallvermeidung und -verwertung – auch anderen Technologien zur Abfallbehandlung eine Chance geben, die die ökologischen Standards einhalten und zudem oft kostengünstiger sind. Mit Kooperationen bei der Nutzung der Verwertungs- und Behandlungsanlagen sowie der Deponien können die Städte und Kreise den Anstieg der Abfallgebühren begrenzen. Das Umweltministerium unterstützt solche Kooperationen und fördert die Entwicklung biologisch-mechanischer Anlagen, wie sie in den Regierungsbezirken Detmold, Münster und Köln auch als Alternative zur Müllverbrennung schon geplant sind.

Unsere Erfahrungen haben gezeigt: Mit starkem Druck von unten können teure Fehlplanungen gestoppt und ökologisch orientierte Korrekturen in der Abfallpolitik erreicht werden. In den vergangenen Jahren haben sich viele Bürgerinnen und Bürger in Initiativen, Umwelt- und Kirchengruppen in diesem Sinne engagiert. Ich hoffe, daß dieses Engagement nicht nachläßt, sich wieder viele Menschen in die Diskussionen einschalten und damit eine öffentliche Kontrolle vor Ort gewährleisten.

Aktuelle Stunde zum Zusammenhang von Rehabilitation und Frühverrentung

„Spargesetze der Bundesregierung bewirken das genaue Gegenteil“

„Kürzungen bei der Rehabilitation führen zu einem merklichen Anstieg bei den Frühverrentungen“ lautete das Thema, über das am 15. Mai der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion in einer Aktuellen Stunde debattierte. Dabei hielten ihre Sprecher dem Bundesgesundheitsminister vor, er treibe Menschen in die Erwerbsunfähigkeit, indem ihnen Präventionsmaßnahmen vorenthalten würden. Daneben werde die Arbeitslosigkeit in den Kurorten durch unzureichend ausgelastete Einrichtungen in Kauf genommen. Die CDU ihrerseits bestritt diesen Zusammenhang und machte darauf aufmerksam, daß für notwendige Kuren und Reha-Maßnahmen in diesem Jahr allein zehn Milliarden Mark zur Verfügung stünden.



Die Sprecherinnen und Sprecher der Koalition wiesen auf den engen Zusammenhang zwischen frühzeitiger Rehabilitation und Erhalt der Erwerbsfähigkeit hin, während die CDU keine Daten sah, die diese Verbindung unter Beweis stellten (v. l.): Ina Meise-Laukamp (SPD), Wilhelm Krömer (CDU), Ute Koczy (GRÜNE) und Minister Dr. Axel Horstmann (SPD).
Fotos: Schälte

Ina Meise-Laukamp (SPD) erklärte: „Erstmalig wird eine gesunde Branche staatlich kaputtgemacht“. Dennoch nehme die Bundesregierung die Krise in den Kur- und Heilbädern nicht zur Kenntnis, vor allem Ostwestfalen sei die im Lande am stärksten betroffene Region. Dort seien die Kliniken unter 50 Prozent ausgelastet, was zu Personalentlassungen geführt habe. Die monostrukturellen Kurorte fänden keine Möglichkeit, diese Arbeitsplatzverluste durch andere Industrieansiedlungen aufzufangen. Während die Landesregierung versuche, den Kurorten zu helfen, tue die CDU („Schlafmütze“) nichts, „mit gar nichts trägt sie dazu bei, den Versicherten, den chronisch Kranken, den Vorsorge- und Nachsorgepatienten und den Beschäftigten in den Kurorten zu helfen“. Diese Untätigen würden eines Tages die Verantwortung dafür übernehmen müssen, wenn es demnächst einen rapiden Anstieg bei der Frühverrentung gebe. Sie forderte die CDU des Landes auf, sich aktiv an der Lösung des Problems

zu beteiligen „und den Parteifreunden in Bonn den Marsch zu blasen“.

Hermann-Josef Arentz (CDU) fragte nach den Fakten, die bewiesen, daß es zu dem behaupteten merklichen Anstieg der Frühverrentung gekommen sei; Experten seien jedenfalls nicht in der Lage, diesen Zusammenhang mit Zahlen zu unterfüttern. Es sollte gemeinsame Aufgaben aller Verantwortlichen sein, dafür zu sorgen, daß notwendige Kur- und Reha-Maßnahmen durchgeführt, „aber die überflüssigen Maßnahmen beseitigt werden“. Es stünden zehn Milliarden zur Verfügung, die aber wahrscheinlich nicht ausgeschöpft würden, wofür es unterschiedliche Gründe gebe, darunter auch den, daß die SPD mit ihrem permanenten Krisengerede den Eindruck vermittele, es dürften keine Kur- und Reha-Maßnahmen mehr beantragt werden, weil das Geld dazu fehle.

Daniel Kreutz (GRÜNE) bezifferte den Betrag, den die Rentenversicherung durch stationäre Rehabilitation jährlich sparen könne, auf 16 Milliarden Mark. Den früher aner-

kennt. In Bad Oeynhausen sei damit zu rechnen, daß 17 Häuser schließen würden; „es werden für Ostwestfalen ganz harte Zeiten anbrechen“. Das bringe jedes noch so schöne Werbekonzept nicht wieder ins Lot.

Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) bezeichnete die von der Bundesregierung durchgesetzten Einschnitte und Kürzungen im Bereich der Prävention und Rehabilitation als „gesundheitspolitisch falsch und ökonomisch kontraproduktiv“. Durch die Erfolge von Rehabilitation ließen sich an die zwölf Milliarden sparen. Darum müsse es heißen „Sparen durch eine vernünftige Rehabilitation“ und nicht „Sparen an der Rehabilitation“. Der Minister teilte mit, derzeit seien in den nordrhein-westfälischen Kur- und Heilbädern 6557 Beschäftigte der Gesundheitsdienstberufe arbeitslos und 1981 auf Kurzarbeit gesetzt.

Wilhelm Krömer (CDU) betonte, es bestehe nach wie vor für berechnete Anliegen ein Anspruch auf Rehabilitation. Mit jeder Debatte wachse die Gefahr, die schwierige Situation der Einrichtungen nicht nach vorne, sondern „kaputtzureden“.

Wolfram Kuschke (SPD) konterte: „Es geht nicht ums Kaputtreden, sondern ums Kaputtmachen“. Und zum „Kaputtreden“ habe die Union durch ihr „dusseliges“ Wort „Erst Fango, dann Tango“ noch das ihrige beigetragen. Sie trage die Verantwortung dafür, daß die Kurorte in eine derartige Situation gekommen seien.

Ute Koczy (GRÜNE) erklärte: „Wir stellen fest, daß die Piraterie des sogenannten Bundesgesundheitsministers bestimmte Bevölkerungsgruppen ihrer künftigen Gesundheit beraubt und sie mit chronischen und dauerhaften Einschränkungen zurückläßt“. Vor allem Frauen seien von den Restriktionen bei der Rehabilitation betroffen, bei den finanziell schwächer gestellten von ihnen lasse ihr Einkommen es schon heute nicht mehr zu, daß die Gesundheit erhalten werden oder Krankheiten kuriert werden könnten.

Heinz Paus (CDU) sah keinen Beleg für den behaupteten Zusammenhang von Rückgang der Kuren und Frühverrentung. Der SPD gehe es wieder nur einmal darum, „Theater zu machen“ und „auf dem Bundesgesundheitsminister ständig herumzuschlagen“. Man sollte statt dessen ernst über die Probleme reden und dürfe keine Schauderdebatten führen, sondern müsse intervenieren, um die Einbrüche, „die uns in der Tat erhebliche Sorgen machen“, abzumildern.

kannten Grundsatz „Reha vor Rente“ sei jetzt die Bundesregierung dabei, in sein Gegenteil zu verkehren; das sei sowohl gesundheits- und sozialpolitisch wie finanzpolitisch von Vernunft und Verantwortung, betonte Kreutz und unterstellte der Bundesregierung, ihr könnte eine solche Entwicklung ins Konzept passen, um die Unfinanzierbarkeit des jetzigen Rentensystems zu beweisen und „die Jungen gegen die Alten aufzuhetzen“.

Bodo Champignon (SPD) ließ das Argument fehlender Daten nicht gelten: „Im März 1997 beträgt der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 58,8 Prozent. Das ist in Zahlen ein realer Rückgang von 8566 auf 3537“. Da müsse man doch fragen, warum dieses Sozialsystem die ganzen Rehabilitationsmaßnahmen und Kuren eigentlich eingeführt habe. Das Prinzip zu verhindern, daß Beschäftigte zu früh in Rente gehen, werde ausgehöhlt, der versprochene Spareffekt für die Rentenversicherung ins Gegenteil ver-

Erfolgreiche Landtagsstenographen

Bei den Deutschen Kurzschriftmeisterschaften vom 8. bis 10. Mai 1997 in Langen (Hessen) nahmen fünf Stenographinnen und Stenographen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen am Leistungswettbewerb in der Meisterklasse (ab 250 Silben) teil. Franz-Josef Eilting belegte mit ausgezeichneten 400 Silben den 13. Platz unter 140 Wettschreibern. Eva-Maria Bartylla, Christoph Filla und Dr. Hildegard Müller waren mit jeweils 375 Silben erfolgreich, Uwe Scheidel mit 350 Silben.

Sozialhilfe: Höhe der Pauschalen für einmalige Leistungen im Streit

CDU-Fraktion nutzt Kontroverse zur Rücktrittsforderung an Sozialminister

Zu einer scharfen Kontroverse zwischen Regierungslager und Opposition ist es bei der Plenardebatte über den Antrag von SPD und GRÜNEN „NRW weist neue Bonner Kürzungspläne zu Lasten Sozialhilfeberechtigter zurück“ (Drs. 12/2005) am 14. Mai gekommen. Bei der Diskussion kritisierte die CDU scharf eine Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion zur Sozialhilfe, in der gegen die Sozialhilfe polemisiert, konkrete Tips für Mißbrauch und Betrug gegeben sowie nahegelegt werde, „wilde Ehen“ seien besser zu stellen als normale Ehen. Die SPD bedauerte den Stil der Debatte und sprach von „Brandstiftung“.

Horst Vöge (SPD) umriß das Thema: Es gehe um die geplante Pauschalierung einmaliger Leistungen, die nach Absicht der Bonner Union das Tor öffnen sollen für weitere Einsparungen bei der Sozialhilfe, um den Bundeshaushalt an die Maastricht-Kriterien näherzubringen. Mit der Debatte über Kürzungen würden die Sozialhilfeempfänger diskriminiert und der Eindruck zu erwecken versucht, als lägen sie in der sozialen Hängetanne auf der faulen Haut, betonte Vöge. Der deutsche Caritasverband schätze die

„um einen Zustand des Unrechts zu gelten dem Recht zu erheben“. Der Bonner Minister sei nur der „Erfüllungsgehilfe von Herrn Waigel und anderer Lohndrücker“, die das Sozialhilfeniveau und damit das steuerfreie Existenzminimum absenken wollten, um damit neue Spielräume für Niedriglöhne zu eröffnen. Damit ziehe auch dieser Anschlag auf die Sozialhilfe auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, folgerte Kreutz und erklärte, daß eine Pauschalierungsverordnung, „die die Leistungen für Sozialhilfeberechtigte weiter kürzt, statt umgekehrt den Bedarfsdeckungsgrundsatz angemessen und rechtssicher wieder zur Geltung zu bringen, nicht auf die Zustimmung unseres Landes stoßen kann“.

Hermann-Josef Arentz (CDU) legte dar: „Mit dieser Verordnung soll für Bekleidung, Wäsche und Schuhe von Sozialhilfeempfängern der elende und entwürdigende Zwang der Einzelbeantragung bei den Ämtern abgeschafft und dafür eine pauschale Geldleistung eingeführt werden“. Dem habe die SPD, die jetzt dagegen polemisiere, zugestimmt. Es handele sich um eine „grundvernünftige“ Verordnung, die erhebliche Verwaltungskosten einspare und die Empfänger aus einer unwürdigen Bittstellerrolle herausbringe. Zudem würden dadurch endlich

zum Ausnutzen, zum anderen beklage sie den ständigen Anstieg der Ausgaben für die Sozialhilfe. Unter Hinweis auf das Verhalten des Landessozialministers in Sachen Forensische Psychiatrie in Hertzen rief Arentz Horstmann zum Rücktritt auf.

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) bedauerte „aufs tiefste“ diesen Stil der Diskussion über das Thema Sozialhilfe und wertete Arentz' Rede als Beitrag zur Vergiftung des sozialen Klimas in Deutschland. In immer neuen Varianten gehe es der Union nur darum, Druck auf soziale Leistungen zu machen und Sozialhilfekürzungen ins Gespräch zu bringen. Zwar entspreche der vorgelegte Entwurf weitgehend den Forderungen der Länder nach Verwaltungsvereinfachung und mehr Gerechtigkeit; er sei jedoch „rein ergebnisorientiert“ mit der Absicht vorgelegt worden, 250 Millionen Mark einzusparen, was er für völlig illusorisch halte. Die Union tue so, als seien es die überbordenden Ansprüche des einzelnen Sozialhilfeempfängers, die die Kostenlasten der Kommunen ausgelöst hätten; in Wirklichkeit sei es aber die Politik der Bundesregierung, die da'ür Sorge, daß viele Menschen aus dem vorrangigen sozialen System in die Sozialhilfe abgeglitten seien, worunter vor allem die Kinder zu leiden hätten. Sie tue auch nichts, um arbeitslose Sozialhilfeempfänger wieder in die aktive Arbeitsmarktpolitik einzubeziehen.

Horst Radtke (SPD) hielt dem CDU-Sprecher vor, er habe die vielen tausend Sozialhilfebezieher im Lande — darunter auch ehemals Selbständige — als Drückeberger und Sozialhelfehinterzieher beleidigt. Und mit Rücktrittsforderungen sollte man vorsichtiger sein. Das habe die CDU schon einmal erfahren müssen, als sie den Horstmann-Vorgänger Heinemann zum Verlassen seines Amtes gedrängt und sich nachher entschuldigt habe.

Dr. Helmut Linsen, CDU-Fraktionsvorsitzender, erklärte, der Redner Arentz habe das ganze Hüh und Hott der SPD in der Sozialpolitik deutlich gemacht. Die SPD-Fraktion sei kaum im Saal anwesend und das zeige, wie wichtig sie das Thema nehme. Er bekräftigte: „Dieser Sozialminister ist diesem Land nicht mehr zumutbar.“ Er sei für das Ressort eine totale Fehlbesetzung; der Ministerpräsident sollte ihn schleunigst „zurückziehen“.

Wolfram Kuschke (SPD) nannte das Niveau des Linsen-Beitrags als dem Hohen Haus nicht angemessen. „Ich will es Ihnen aber mit gleicher Münze zurückzahlen: Sie sind in der Auseinandersetzung um Hertzen der größte Wackelpudding gewesen, den wir überhaupt haben erleben können.“ Das zeige: Es gehe der Union nicht um den Maßregelvollzug, sondern um „politische Meinungsmache und billige Polemik“.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) wies die Rücktrittsforderung zurück und ergänzte an die Union gewandt: „Die gesamte Landesregierung soll Ihnen möglichst lange erhalten bleiben.“ Er trage die Entscheidung in Sachen Forensik mit und bitte alle, an der Umsetzung mitzuhelfen, „damit die Akzeptanzkrise nicht größer, sondern kleiner wird“.



Mißbrauchquote auf 2,5 bis fünf Prozent — vor allem ein Problem der Mehrfachabrechnung, die mit einem Computernetzwerk leicht aufzuspüren wäre. Die SPD teile grundsätzlich die Bonner Einschätzung zur Pauschalierung einmaliger Leistungen. Es sei Ziel, die Träger dadurch zu entlasten und die Verwaltung zu vereinheitlichen; das dürfe aber nicht für Leistungskürzungen genutzt werden. Sie sei bereit, „positiv zu diskutieren, wie wir die Pauschalierung zu regeln haben“.

Daniel Kreutz (GRÜNE) meinte, die Seehofer-Verordnung dürfe nicht in Kraft treten, weil die vorgesehenen Pauschalen nicht bedarfsdeckend bemessen seien; hier solle nur ein Mittelwert der restriktiven kommunalen Gewährungspraxis gefunden werden,

Zwischen vernünftiger Verordnung und erneutem Sparpapier bewegten sich die Einschätzungen der in Bonn erarbeiteten Pläne zur Sozialhilfe (v.l.): Horst Vöge (SPD), Daniel Kreutz (GRÜNE), Hermann-Josef Arentz (CDU) und Minister Dr. Axel Horstmann (SPD). Fotos: Schälte

auch Anreize zum eigenverantwortlichen Wirtschaften bei Sozialhilfeempfängern und ihren Familien gesetzt. Während die SPD die Höhe als zu gering werte, erklärten die kommunalen Spitzenverbände, die Beträge seien zu hoch angesetzt: Für sie sei eine jährliche Bekleidungshilfe für einen Erwachsenen mit 500 Mark als Pauschale ausreichend. Es sei der Zwiespalt der SPD: Einerseits gebe sie Sozialhilfeempfängern Tips

PVC-Erlaß in der Debatte

Den CDU-Antrag „PVC nicht verteufeln – Arbeitsplätze in der chemischen Industrie erhalten“! (Drs. 12/2011) lehnte die Landtagsmehrheit am 14. Mai ab und nahm die Entschließung von SPD und GRÜNEN dazu an.

Fritz Kollorz (CDU) erklärte, 40 Prozent des deutschen Chemie-Umsatzes werden in NRW produziert. Im Branchenvergleich sei bei der NRW-Chemie 1996 mit fünf Prozent der höchste Umsatzzuwachs erreicht worden. Von den etwa 160 000 Beschäftigten hätten 26 000 ihren Arbeitsplatz im PVC-Bereich. Nach dem Flughafen-Brand habe es eine Anti-PVC-Kampagne und den PVC-Erlaß gegeben. Inzwischen sei erwiesen, daß PVC nicht gefährlich und ein wirtschaftlicher Stoff sei. In der Koalitionsentschließung komme das Wort gar nicht vor. Bei der Verwendung von PVC-Bauteilen gebe es ein Umdenken. „Ziehen Sie ihren PVC-Erlaß zurück!“ vordert Kollorz den Bauminister auf.

Werner Bischoff (SPD) antwortete, die Koalition stelle die Detailfrage PVC in den größeren Zusammenhang der Chemiepolitik in NRW. Mit 9,6 Milliarden Mark sei die chemische Industrie nach dem Straßenfahrzeugbau der größte Investor in Deutschland. Der CDU-Antrag bringe nichts Neues. Die Beschäftigung müsse gesichert werden, trotz des Trends zu steigender Produktion mit weniger Menschen. Die Grundstoffchemie präge den Wirtschaftsstandort NRW. Kreislauf und nachhaltige Produktion seien die eigentliche Herausforderung.

Gerd Mai (GRÜNE) dankte dem Vorredner für den sachlichen Beitrag trotz kontroverser Bewertung und zitierte Experten, die PVC-Ersatz für sinnvoll hielten. Auch in Sydney sei beim Stadion-Neubau auf PVC-haltige Kabel verzichtet worden. Im Bundestag verlange die SPD das gesetzliche Verbot für öffentliche Gebäude. Für die GRÜNEN in NRW gelte der Koalitionsvertrag, worin alternative Technologien und Ersatzstoffe statt Erzeugnissen der Chlorchemie gefordert würden. Auch bei Verzicht auf PVC werde die Chemieindustrie nicht untergehen. Die Beschäftigungseffekte bei PVC-Substitution würden positiv beurteilt. Die GRÜNEN seien für den zukunftsfähigen Chemiestandort NRW.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) vermutete ebenfalls die Absicht der CDU, die Koalition zu spalten. Ein PVC-Verbot habe er nie ausgesprochen, auch keine Anti-PVC-Kampagne geführt. Sein Erlaß sei ein Brandschutz-Erlaß, der für Sonderbauten für große Menschenansammlungen nicht brennbare und geringgiftige Baustoffe vorsehe. Es gehe auch um den hohen Aufwand der Schadenbeseitigung nach Bränden.

Dr. Andreas Lorenz (CDU) sagte, die GRÜNEN hätten vor zehn Jahren die Anti-PVC-Kampagne angestoßen und zusammen mit Greenpeace vorangetrieben. Der Landtag befasse sich seit 1990 mit ihren Anträgen für das Verbot. Im Koalitionsantrag werde Chlorchemie problematisiert. PVC werde durch „Halogene“ verschleiert. PVC sei weltweit der bedeutendste Massenkunststoff. Der Erlaß solle aufgehoben, zumindest überarbeitet werden.

Alles scheint möglich in der neuen digitalen Fernsehwelt

Digitale Rundfunktechnik soll zum Vorteil aller genutzt werden. Das sieht ein Antrag von SPD und GRÜNEN vor, den der Landtag einstimmig an den Hauptausschuß überwiesen hat. In einer rasanten Entwicklungsphase soll dabei der Mensch nicht aus dem Auge verloren werden (Drs. 12/2006).

Marc Jan Eumann (SPD) erklärte, es gehe um neue Märkte, es gehe um Geld, um viel, viel Geld. Ziel der SPD sei es, in dieser rasanten Entwicklungsphase eines nicht aus dem Auge zu verlieren, nämlich den Menschen. Man habe ferner die in der Medienbranche tätigen Unternehmen im Blick. Die digitale Technik schaffe neue Möglichkeiten. Man wolle sie nutzen und fördern für die Menschen in NRW und das Medienland NRW. Aber es sei ein Irrtum zu meinen, durch die Digitalisierung, durch Kapazitätserweiterung sei der Gestaltungsauftrag der Politik abgeschlossen. Eine klare Absage erteilte Eumann Teilen der Überlegungen einer Kommunikationsordnung 2000, die von der Bertelsmann-Stiftung initiiert worden sei. Die Formulierung in diesem Papier, daß die Länder das größte Hindernis einer Kommunikationsordnung seien, bezeichnete er als falsch.



Digitale Zukunft: von links oben nach rechts unten Marc Jan Eumann (SPD), Roland Appel (GRÜNE), Lothar Hegemann (CDU) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).
Fotos: Schälte

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, sagte, der Grundgedanke der in die Digitaltechnik investierenden Konzerne und Unternehmen scheine zur Zeit zu sein, wie man den Bürgern für die gleiche Leistung an Information und Unterhaltung mehr Geld aus ihren bereits ziemlich leeren Taschen

ziehen könne. Es sei wichtig, daß man auf die Schattenseite der Entwicklung hinweise. Der Kirch-Konzern, der bereits eine zweistellige Milliardensumme für Pay-TV-Senderechte investiert habe, aber natürlich auch Bertelsmann und die Telekom hätten ein großes Problem: Niemand warte auf ihre Angebote. Nur wenige könnten sie überhaupt bezahlen.

Lothar Hegemann (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, hielt den Antrag vom Grundsatz her für nicht falsch. Daß eine neue technische Herausforderung wie die Digitalisierung von Rundfunk und Fernsehen auch staatlich begleitet werden müsse, sei an und für sich richtig. Wenn ein Staat wolle, daß möglichst lokal und regional mit modernster Technik berichtet werde, dann müsse er dem Programmhersteller auch sagen, wie er es finanzieren könne und ihm Möglichkeiten aufzählen, wie es gehe. „Insofern sind wir in der Tat als Staat gefordert“, sagte Hegemann. Er kritisierte indes, daß der öffentlich rechtliche Auftrag überbetont werde.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erläuterte zur Fernseh-Richtlinie, gegen eine Regelung auf europäischer Ebene seien aus dem Bereich der Ministerpräsidenten kompetenzielle Bedenken geltend gemacht worden, die dann auch zu einem ablehnenden Votum des deutschen Vertreters im Vermittlungsverfahren zur Fernseh-Richtlinie geführt hätten. Allerdings sei Deutschland mit seinem Vorbringen politisch und rechtlich vollständig isoliert. Die deutsche Haltung habe Erstaunen und Unverständnis hervorgerufen. Er meine, wenn die Länder sich nicht ins Abseits begeben wollten, dann müßten sie die Ablehnung der europäischen Regelung aufgeben, die sie am Ende ohnehin nicht verhindern könnten. Auf einen anderen Akzent des Antrages eingehend, wies Rau auf eine Kabelkapazität hin, bei der mit 50, 100, ja 150 Programmen um die Aufmerksamkeit der Zuschauerinnen und Zuschauer geworben werden solle. Die geltenden Vorschriften für eine solche Entwicklung paßten nicht mehr. Man müsse also im Landesrecht umsetzen und gewährleisten, daß sich die konkrete Belegung des Kabels an gesetzlichen Kriterien messen lassen müssen, die die Vielfalt der Rundfunkordnung betonen.

Preußischer Kulturbesitz

Der Landtag hat der Überweisung des Abkommens über die gemeinsame Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz auf Antrag der Landesregierung an den Hauptausschuß zugestimmt. Die Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, **Ilse Brusch** (SPD) nannte bei der Einbringung als Grund für ein neues Finanzierungsabkommen die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990. Die jetzt gefundene Regelung, die frühestens zum 31. Dezember 2005 gekündigt werden könne, sehe eine Beteiligung des Landes NRW an der Finanzierung in Höhe von gedeckelten 650 000 Mark vor. Sie wies darauf hin, daß einst die Landesteile Rheinland und Westfalen als Provinzen wichtige Bestandteile des Freistaates Preußen gewesen seien (Drs. 12/1977).

CDU: Die GRÜNEN würden am liebsten Bezugsscheine für Flüge ausgeben

Mit höheren Kerosinpreisen und Landegebühren soll nach Ansicht grüner Politiker die Zahl der Starts und Landungen vor allem bei Urlaubsflügen eingedämmt werden. „Ferientflüge nur noch auf Bezugsschein?“ fragte da die CDU und stellte im Düsseldorfer Landtag in einer Aktuellen Stunde am 14. Mai die Auswirkungen der Flugverkehrskonzeption der GRÜNEN zur Diskussion. Die SPD sprach sich in der Debatte gegen eine Reglementierung von Urlaubsflügen aus.

Heinz Hardt (CDU) erklärte, der grüne Bündnispartner habe auf seinem Parteitag in Borken eine weitgehende Beendigung der Luftfahrt in NRW beschlossen, „damit dokumentieren die GRÜNEN, daß sie als Regierungspartner maßgeblich auch am Niedergang des Wirtschaftsstandorts NRW beteiligt sind“. Die grüne Luftverkehrskonzeption enthalte „analytische und wirtschaftspolitische Abgründe, unhaltbare Feststellungen und Behauptungen treten an die Stelle von wissenschaftlich nachweisbaren Fakten“. Fliegen sei eben nicht die umweltbelastendste Form der Fortbewegung. Es sei völlig falsch zu behaupten, jeder Mallorcaflieger verbräuche bei Hin- und Rückflug mehr Energie als ein Autofahrer das ganze Jahr. Und die Leser der den GRÜNEN nahestehenden Tageszeitung „TAZ“ seien erklärtermaßen diejenigen, die am häufigsten das Flugzeug benutzen. Die Bürger des Landes hätten eine bessere Politik und eine bessere Landesregierung verdient.

Heinz Hunger (SPD) hielt der CDU vor, sie habe keine Alternative zur Koalition und nutze die Meinungsäußerungen einzelner Bürger zu einer Aktuellen Stunde, die völlig sinnlos sei und dem Parlament nur Zeit koste. Die CDU kenne die Haltung der SPD: Sie halte „eine gut ausgebaute und funktionierende Flughafeninfrastruktur für den Wirtschafts- und Lebensstandort Nordrhein-Westfalen für zwingend erforderlich“. Wenn da ein einzelner Bürger „sei er auch zufällig Mitglied des Landtags“ – versuche, in einer Art Umerziehungsprozeß die Bürgerinnen und Bürger des Landes und wahrscheinlich später die ganze Republik davon zu überzeugen,

„Lieber auf den Fortschritt als auf Verbote und Vorschriften setzen“

Gegner des Verreisens mit Flugzeugen zu werden, „ist das seine Sache“. Solche Umerziehungsversuche seien aber immer noch „Gott sei dank“ gescheitert.

Gisela Nacken (GRÜNE) dankte der Opposition für die Gelegenheit, noch einmal die grüne Luftverkehrskonzeption darzustellen. Die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Infrastruktur und damit auch die Notwendigkeit von internationalen Flughäfen sei unbestritten. Ebenso unbestritten sei, daß Flughäfen einen wirtschaftlichen Faktor für die Region darstellten. Dennoch stellten Flughäfen aufgrund des von ihnen verursachten und wachsenden Lärms auch eine steigende Belästigung der Anwohner bis hin zu deren Gesundheitsgefährdung dar. Dem Luftverkehr seien schließlich 30 Prozent der Klimawirkung des gesamten Verkehrsbereichs anzulasten. Darauf seien Antworten zu finden, auch seitens der CDU. Aber stattdessen verweigere die die Debatte und führe eine durchsichtige Diskussion. Es werde noch viel Arbeit erfordern, „um den Umstieg auf umweltfreundliche Urlaubsarten mehrheitsfähig zu machen“.

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) erklärte, die Mobilität von Menschen und Unternehmen müsse gesichert werden, die vom Luftverkehr ausgehenden Belastungen seien so gering wie möglich zu halten. Dabei setze er auf technologisch-wissenschaftliche Antworten und weniger auf Verbote und Regelungen. Die angesprochene Anhebung der Landegebühren entziehe sich weitgehend der politischen Einflußnahme, sie müßten sich an den Kosten der Flughäfen orientieren und

dürften nicht diskriminierend sein. Die Erhebung der Mehrwertsteuer auch für grenzüberschreitende Flüge werde auf europäischer Ebene geprüft, eine Entscheidung stehe noch aus. Und bei der Befreiung des Flugbezins von der Mineralölsteuer – weitgehend eine unumstrittene Forderung – sei ein nationaler Alleingang zum Abbau dieser Subvention aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Über eine rechtliche Änderung werde in Brüssel entschieden – „nicht in Borken“, wie der Minister anfügte.

Ilka Keller (CDU) sprach sich gegen „Blumen und Pflanzen auf den Betonpisten der Flughäfen in Nordrhein-Westfalen“ aus und unterstrich die Bedeutung des Tourismus und der Flughäfen für die Arbeitsplätze. Nicht Rückbau, sondern Weiterentwicklung der Technik sei die richtige Antwort.

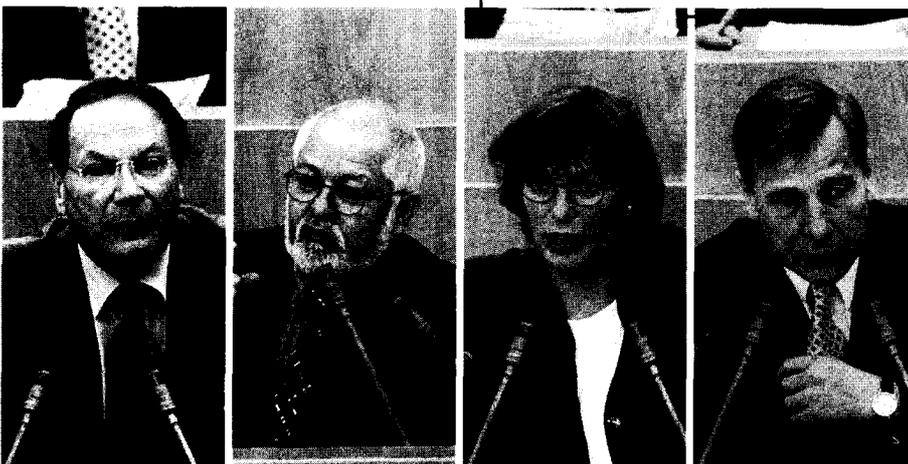
Lothar Hegemann (CDU) meinte zu den GRÜNEN: „Die Arbeitslosigkeit nähert sich der 20-Prozent-Marke, und Sie mit solchen billigen Rezepten, wie Sie es woanders auch versucht haben. Sie wollten doch schon aus Ford in Köln eine Fahrradfabrik machen.“ Was die grünen Fundamentalisten dächten, denken auch viele Sozialdemokraten, betonte er und hielt beiden vor: „Diese Koalition der Verhinderer und der Neirager zu einem modernen Flugkonzept in Nordrhein-Westfalen behindert, ja vernichtet Arbeitsplätze auf Dauer.“

Heinz Hunger (SPD) nannte diese Wertung „eine Unverschämtheit sondergleichen“. Die CDU wisse genau, wer die Rahmenbedingungen für wirtschaftspolitisches Handeln in erster Linie vorgebe – die Bundesregierung.

Peter Eichenseher (GRÜNE) zählte einige, wie er sagte, unangenehme Fakten zu Umfang und Belastungen des Flugverkehrs auf und warf der CDU vor, sie geißele lieber den Überbringer der Nachricht, anstatt sich mit den Tatsachen auseinanderzusetzen. Die Union müsse sich endlich mit dem Problem des Klimaschutzes befassen. Wichtig sei auch, eine Verhaltensänderung der Menschen anzustreben, denn 70 Prozent der Luftverkehrsbelastungen seien dem Freizeitbereich zuzurechnen.

Minister Wolfgang Clement (SPD) gab noch einmal intelligenten Antworten der Technologie und Wissenschaft auf die Herausforderungen den Vorzug gegenüber Vorschriften und Verboten; nur so ließen sich die Fortschritte in einer Industriegesellschaft erreichen. Das kriege man nicht auf einen Streich hin, sondern es sei ein Prozeß der Veränderung, in dem man sich auch hierzulande befinde. Da sollte man nicht den Mut verlieren, betonte Clement, „und auch nicht Bilder entwickeln, die ohnmächtig machen“.

Den Flugverkehr über Preis und Bewußtseinswandel einschränken oder seine Folgen erträglicher machen – zwischen diesen Polen bewegte sich die Debatte im Landtag (v.l.): Heinz Hardt (CDU), Heinz Hunger (SPD), Gisela Nacken (GRÜNE) und Minister Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schälte



Richtigkeit des Konnexitätsprinzips stand nicht in Frage

Der Landtag hat auf Antrag von SPD und GRÜNEN eine Sicherung und Stärkung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen durch das Land gewährleistet. Den Kommunen sollen damit künftig nur noch dann neue Aufgaben von Landesseite zugewiesen werden, wenn der volle Lastenausgleich für diese Mehrbelastungen gewährleistet sei. Die CDU-Opposition sprach von einem Propagandacoup und einer Farce. Die Entschließung wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die Union angenommen (Drs. 12/2017)

Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender, erklärte, das Land nehme seine Verpflichtung gegenüber den Kommunen ernst. Es habe trotz eigener gravierender Haushaltsprobleme an der Verbundquote von 23 Prozent festgehalten und mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 die Schlüsselzuweisungen um zwei Prozent höher als die Ausgaben des Landeshaushalts angesetzt. Auch außerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes müsse man alles tun, um den Druck von den kommunalen Haushalten zu nehmen. Mit dem Beschluß dieses Antrages werde der Landtag die Verpflichtung eingehen, den Kommunen nur dann Aufgaben zu übertragen, wenn die Kosten dafür vollständig gedeckt seien. Die bereits in die Gemeindeordnung aufgenommene Vorschrift, nach der bei Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen für die Mehrbelastung ein Ausgleich zu schaffen sei, solle damit deutlich bekräftigt werden. Der Landtag werde künftig Gesetze, die den Kommunen neue Aufgaben auferlegten bzw. bestehende Aufgaben erweiterten, nur dann verabschieden, wenn diese den vollen Ausgleich der Kommunen vorsähen. Hiervon unberührt blieben das Prinzip der pauschalierten Erstattung sowie Aufgabenzuweisungen oder -erweiterungen aufgrund bundesrechtlicher Regelungen, die dem örtlichen Aufgabenbereich zuzuordnen seien. Diese Entschließung des Landtags sei eine Willensbekundung von außerordentlicher politischer Bedeutung, denn der Landtag als Gesetzgebungsorgan gehe damit eine Selbstbindung ein.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erläuterte, durch kommunale Schulden sei jede Bürgerin und jeder Bürger in NRW mit knapp 3000 Mark pro Kopf belastet. Insgesamt habe der kommunale Schuldenbestand Ende 1995 52 Milliarden Mark betragen. Die Investitionsfähigkeit der Kommunen und damit auch die Sicherung von Arbeitsplätzen habe sich daher drastisch reduziert. 25 Prozent weniger Investitionen seien 1997 gegenüber 1992 zu erwarten. 116 Städte und Gemeinden hätten Ende 1996 Haushaltssicherungskonzepte und damit eine drastische Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit zu bewältigen gehabt. Die Tendenz sei leider steigend. Es drohten weitere Belastungen, und der Silberstreif am Horizont sei nicht in Sicht. Man müsse seine Verantwortung für die Kommunen sehr ernst nehmen. Dabei sei es zu offenkundig, daß die Probleme nicht hausgemacht, sondern strukturell durch die Politik der Bundesregierung bedingt seien. 90 Prozent aller Gesetze würden durch die Kommunen vor Ort umgesetzt und ausge-

führt. An ihrer Entstehung seien sie nicht beteiligt. Man stelle sich in der Verantwortung als Land und sichere den Kommunen mit dem Antrag einen vollen Ausgleich zu, wenn die Landesgesetze ihnen neue Aufgaben zuwiesener oder erweiterten.

Albert Leifert (CDU) betonte, nichts von alledem, was von seiten der Landesregierung und Koalition in eigener Verantwortung geschehen könnte, sei Inhalt des Antrages. Lediglich mit Schuldzuweisungen an andere, insbesondere natürlich an den Bund, versuche man die Inhaltsleere und Hohlheit von Antrag und eigener Politik mit

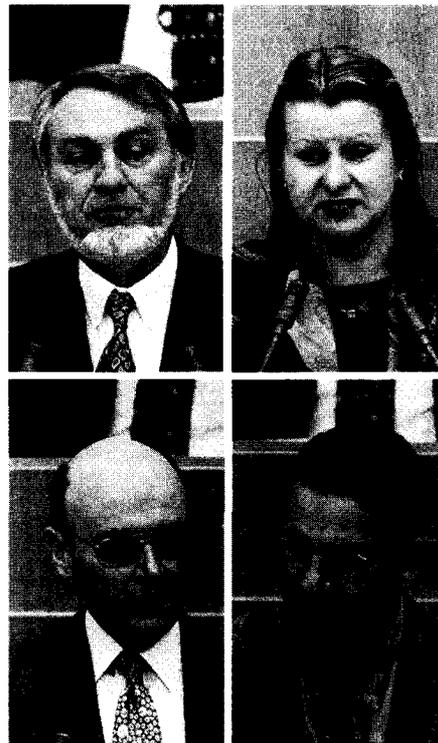
ten kein Machtinstrument Bundesrat wie die Länder in Bonn.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) sagte, man habe es schon viele Male erlebt, daß die CDU-Fraktion im Landtag den Eindruck zu erwecken versuche, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen berücksichtigten bei ihren Entscheidungen die Belange der Kommunen nicht oder nur unzureichend. „Das Gegenteil ist der Fall“. Um die Kommunen zu stärken, sei trotz der schwieriger gewordenen Haushaltslage des Landes der Verbundsatz des kommunalen Finanzausgleichs seit mehr als zehn Jahren stabil. Zudem stünden mittlerweile über 90 Prozent des allgemeinen Steuerverbundes — die Schlüsselzuweisungen und die unterschiedlichen Investitionszuschüsse — zur freien Verfügung. Die Sorge um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinden sei ein Thema in allen Ländern. Diese Sorge teilten die Innenminister aller Länder miteinander. Das gelte für Bayern und Baden-Württemberg ebenso wie für Niedersachsen und NRW. Allein diese Tatsache sollte schon zu denken geben. Ganz offensichtlich sei es nämlich nicht die jeweilige Landespolitik, die die finanziellen Nöte verursache. Und wenn die CDU sich die Äußerungen der kommunalen Spitzenverbände anschauere, stelle sie sehr schnell fest, wo die finanziellen Probleme der Gemeinden herrührten: von dem anhaltenden Rückgang der Steuereinnahmen einerseits und dem drastischen Anstieg der sozialen Leistungen andererseits. Die Kosten der Arbeitslosigkeit würden auch über die Sozialhilfe auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. Das sei die Politik, die die CDU zu verantworten habe.

Hans-Peter Lindlar (CDU) unterstrich, daß das Konnexitätsprinzip richtig sei, werde von niemanden bestritten. Im Antrag der beiden Koalitionsfraktionen hingegen werde nur eine sehr halbherzige Konsequenz gezogen: heiße Luft in Form von Willenserklärungen, aber in Wirklichkeit nichts, was binde. Er führte an, daß die Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik den Ländern mit der Vertretung im Bundesrat gegenüber der Bundesregierung einen ganz anderen Rang zumesse, daß den Kommunen gegenüber dem Land aber eine vergleichbare Möglichkeit, sich zu wehren, nicht zur Verfügung stehe.

Jürgen Thulke (SPD) bekräftigte, in einem Punkt sei man sich einig: Die finanzielle Lage der Kommunen sei prekär. Mit dem vorliegenden Antrag möchte die SPD allen Kommunen im Land versichern, „daß wir die kommunale Selbstverwaltung, zu deren wichtigster Säule die finanzielle Handlungsfähigkeit zählt, ernst nehmen und ihr auch in Zukunft Rechnung tragen wollen“.

Ewald Groth (GRÜNE) fragte, was die CDU denn eigentlich wolle. Ob sie eine Lösung wie in Baden-Württemberg wolle? Da sei es nicht besser mit einer strengeren Konnexität in der Landesverfassung. „Keinen Deut besser!“ Oder wolle die CDU auf eine Regelung zurückgehen, die vor 15 Jahren einmal gegolten habe, mit Kopfbeiträgen? „Das wäre eine Regelung, die uns zurückführt.“



Garantie des Landes: Von links oben nach rechts unten Klaus Matthiesen (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Albert Leifert (CDU) und Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD). Fotos: Schüler

einer tollen, aber vollkommen unzutreffenden Überschrift zu kaschieren. Von den intensiven finanziellen Verflechtungen zwischen dem Land NRW und seinen Kommunen, der finanziellen Verantwortung der Länder und damit auch des Landes NRW für seine Städte und Gemeinden sei keine Rede. Auch die Tatsache, daß 189 Städte und Gemeinden des Landes, u. a. Gelsenkirchen, gegen die Landesregierung klagten, sei den Antragstellern kein einziges Wort wert gewesen. Wer die finanzielle Misere der Kommunen beklage, dürfe die landespolitischen Ursachen dieser finanziellen Misere nicht schamhaft verschweigen. Doch habe es, obwohl das kein Grund zum Jubeln sei, von 1995 bis 1996 Verbesserungen gegeben. Der Sparwille der Kommunen zeige trotz rot-grüner Landespolitik in einer Vielzahl von Gemeinden erfreuliche Auswirkungen. An die Koalition richtete Leifert die Aufforderung, wenn sie die Selbstbindung ernst meine, dürfe sie keine Türchen offenlassen. Man brauche eine Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Verfassung, denn die Kommunen hät-

Verfassungsschutz soll Scientology bundesweit beobachten

Kommunen und Betriebe verlangen Auskunft bei Drogenhilfe- und Fortbildungsangeboten

Den CDU-Antrag „Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in Scientology mit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst des Landes NRW – keine Aufträge an Scientology-geprägte Unternehmen“ (Drs. 12/2012) überwies der Landtag nach der Aussprache am 15. Mai in die Ausschußberatung, und zwar federführend an den Hauptausschuß und an den Innen- und den Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung.

Theodor Kruse (CDU) knüpfte an den NRW-Verfassungsschutzbericht an, worin die „militante Demokratiekritik“ von SC erwähnt werde. Der Antrag sei getragen von der Sorge, wie sich der Staat und unsere Gesellschaft schützen vor denen, die unser System verändern, zerstören und es abschaffen wollten. Einig und rechtzeitig müsse ein Zeichen gesetzt und die Abwehrbereitschaft gegenüber den Feinden des Staates dokumentiert werden. Ausdrücklich sei dem Innenminister für die Broschüre „Scientology – eine Gefahr für die Demokratie“ und dem Arbeitsminister für den Bericht vom Februar 1997 zu danken. In letzterem würden nicht mehr allein therapeutische Angebote, sondern gesellschaftliche und politische Ziele kritisiert. Es gehe um eine neuartige Form politischen Extremismus, um Ideen des heldischen Übermenschen, der die lästigen Fesseln des Liberalismus und der Demokratie abstreift auf dem Weg zu einer Weltherrschaft, basierend auf totalitärer Lehre. Auch ein Gutachten in Schleswig-Holstein sowie die Hamburger SC-Beauftragte bestätigten Ziele, die

Wolfram Kuschke (SPD) bekundete Übereinstimmung der SPD mit der Zielsetzung des neuen CDU-Antrags. Aber auch der Bundesinnenminister solle klarer bewerten als bisher. Bedacht werden müsse eine breite Mitgliedschaft von SC, die von der Führung getrennt zu beurteilen sei und auf keinen Fall kriminalisiert werden dürfe. Auch hier sei Opferhilfe notwendig. Die Bevölkerung müsse aufgeklärt werden. Gezielte Maßnahmen müßten breit angelegt sein. Der Entzug der Rechtsfähigkeit von SC-Ver-einen, die Aberkennung steuerrechtlich bedeutsamer Gemeinnützigkeit, generelle gewerbe-, steuer-, sozialversicherungs- und arbeitsrechtliche Überprüfungen gehörten dazu, auch Maßnahmen bei Psychohilfe als Gewerbe, Schutz vor überhöhten Kursgebühren, Einschränkung der Straßenwerbung. Angesichts der großen Gefährdung der Menschen durch Orientierungslosigkeit sei nach den Ursachen zu fragen. Daß SC gerade jetzt so Fuß fasse, habe mit Zukunftssängsten zu tun. Das bayerische Modell entspreche der Regelanfrage, die NRW abgeschafft habe. Vermutungen seien im

telschichten gefunden, eher auf Schickimicki-Meilen als in Duisburg. Wo ehrgeizige, geld- und konsumgeile, sonst hohle und von Selbstzweifeln gequälte Zeitgenossen besonders dicht seien, sei SC ziemlich erfolgreich. Kleine und mittlere Betriebe würden auch in den Ruin getrieben. Der liberale Rechtsstaat solle den mündigen Bürger und die mündige Bürgerin vor Augen behalten. Vor Scharlatanen könne nicht der Staat schützen. Mit ähnlichen Methoden seien Bagwan, Mun, Yogi, Transzendente Meditation, Opus Dei, Satanisten und anderer Schwachsinn in eine hochtechnisierte Gesellschaft gebracht worden. Bei einigen, die die christlichen Religionen beiseite gelegt hätten, sei Leerä entstanden. Verfassungsschutz und Berufsverbote halte er aber für falsch. Es werde schwierig, gerichtsfest festzustellen, daß SC verfassungsfeindlich sei. Wir sollten statt dessen aussprechen, was die Scientologen wollen: 80 Stunden pro Woche für Psychoterror und Hungerlohn arbeiten, um Übermensch zu werden. Der Ausschluß von SC-Firmen von öffentlichen Aufträgen sei nach dem Vergaberecht unzulässig. Nur für Teilnahme an einem Seminar könne man auch nicht vom öffentlichen Dienst ausschließen. Statt staatlich administrativer Maßnahmen solle mit Intelligenz gearbeitet werden.

Innenminister Franz Josef Kniola (SPD) stimmte zu, der Scientologen müsse mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden. Sie sollten bundesweit durch den Verfassungsschutz beobachtet werden. Die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst erfolge in NRW nach dem Runderlaß von 1980. Im Einstellungsverfahren werde in Einzelgesprächen über Verfassungstreue belehrt und ausdrücklich dazu verpflichtet. Firmen, die von SC beeinflusst würden, von öffentlicher Auftragsvergabe auszuschließen, werde ebenfalls von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe geprüft, die ihren Abschlußbericht im Juni vorlegen wolle. Kniola sagte, er strebe eine einheitliche Vorgehensweise des Bundes und der Länder an.

Heinz Paus (CDU) bemerkte, Regelanfrage und Beobachtung durch den Verfassungsschutz seien für die GRÜNEN Tabuthemen und rote Tücher. SC sei, wie Matthiesen gerufen habe, kein Phänomen, sondern eine sehr reale Erscheinung. Dahinter stecke erhebliche wirtschaftliche Kraft. Appells Argumentation sei von geistiger Verwirrung getragen, wenn er Scientology und Opus Dei in einen Topf werfe. Ausstiegswilligen müsse geholfen werden. Mit Schulungsmethoden von SC-Trainern solle nicht auf den öffentlichen Dienst Einfluß genommen werden. Gemeinsames Vorgehen aller Länder und des Bundes sei am besten.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) wiederholte, einen Weg zurück zur Regelanfrage gebe es nicht. Berufsverbote gehörten der Vergangenheit an. Er wolle jedoch antworten können, wenn Kommunen und Kommunalpolitiker nach der Zugehörigkeit von Drogentherapie-Vereinen fragten oder wenn Firmen bei Fortbildungsangeboten den Verdacht auf SC-Nähe äußerten und Auskunft begehrten. Das sei ein drängendes Problem.



„Weltherrschaft durch Übermenschen“ anzustreben, orientierungslose Menschen mit Zukunftssängsten zu verführen, mit sozial-darwinistischer Elite-Ideologie Geschäfte zu machen, warfen die Redner den Scientologen vor (v.l.): Theodor Kruse (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Roland Appel (GRÜNE); Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) hielt die Beobachtung durch den Verfassungsschutz wegen ratsuchender Kommunen und Betriebe für dringlich.

Fotos: Schälte

mit der Werte- und Rechtsordnung des Grundgesetzes nicht vereinbar seien. Der öffentliche Arbeitgeber könne nur schwer beurteilen, ob Bewerber jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einträten. Die Frage nach der Mitgliedschaft oder einer festen Beziehung zu SC und SC-Unterorganisationen sei rechtlich zulässig. Im Ansatz müsse verhindert werden, daß das Staatswesen, insbesondere Polizei, Justiz, Finanzbehörden und Schulen unterwandert, untergraben oder vergiftet würden.

Einzelgespräch zu klären. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe sei zwischen Verantwortlichen und Mitarbeitern zu unterscheiden. SC sei eine Organisation neuen Typs.

Roland Appel (GRÜNE) hielt die Psychosekte für einen Verein mit dem Geschäftszweck des Handels mit einer sozial-darwinistischen Elite-Ideologie, die dem Un- oder Gläubigen Heilung jeglicher Selbstzweifel, aller Sinnkrisen und des angeschlagenen Selbstbewußtseins durch den Glauben an eine Gattung von Übermenschen verspreche. Insofern könne die Ideologie gefährlich werden. Auffällig sei die Quelle der Erleuchtung, ein verklemmter Schreiberling Hubbard, der aus der US-Marine geworfen worden sei und nach Science-Fiction-Romanen Küchenpsychologie nach der trivialen Methode der geistigen Verknötung zusammengerührt habe. Daß man das zu hohen Preisen an Dumme verkaufen könne, habe der mit großem wirtschaftlichen Erfolg herausbekommen. Ihre Opfer hätten die Scientologen in den bürgerlichen bis reichen Mit-

Hoher Anteil von Gefangenen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien

5 826 nichtdeutsche Gefangene aus über 120 verschiedenen Herkunftsländern befanden sich am 31. März 1997 in den nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten. Das ist ein Anteil von knapp 33 Prozent der Gesamtbelegung. Darauf machte Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) in seiner Antwort auf eine Mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Heinz Paus aufmerksam, die der Unionspolitiker unter die Überschrift gestellt hatte: „Kehrtwende beim Thema Abschiebung von Ausländern?“

Paus hatte auf einen Artikel in einer Kölner Zeitung hingewiesen, laut dem der Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) schärfere Gesetze gegen Gewalttäter gefordert und sich dafür ausgesprochen hatte, Strafrichtern die Möglichkeit einzuräumen, ausländische Straftäter in ihre Heimatländer abzuschicken.

Der Justizminister berichtete über die Fakten, besonders hoch sei mit rund zehn Prozent der Anteil der Gefangenen aus der Türkei und mit 4,1 Prozent aus dem ehemaligen Jugoslawien an der Belegung mit ausländischen Gefangenen. Für die praktische Vollzugsarbeit stelle dieser hohe Anteil der Ausländer bei den Inhaftierten die Bediensteten vor zahlreiche Schwierigkeiten. Als Hindernisse erwiesen sich namentlich die Sprachbarriere und die Herkunft der Gefangenen aus Kulturkreisen, die sich vom deutschen Kulturkreis oft wesentlich unterscheiden.

Behrens wollte nicht verschweigen, daß die hohen Ausländerzahlen eine wesentliche Ursache für die angespannte Belegungssituation im geschlossenen Strafvollzug in NRW, aber auch anderenorts darstellten. Der Minister bekräftigte indessen, auch vor diesem Hintergrund könne aber von einer Kehrtwende beim Thema Abschiebung von Ausländern keine Rede sein. Das gelte auch für das, was Bürgermeister Voscherau nach Presseberichten angeblich zu diesem Thema gesagt habe. Nach geltendem Recht richte sich die Abschiebung von Ausländern nach dem Ausländergesetz und dem Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen. Nach diesen Gesetzen werde entschieden, ob und unter welchen Voraussetzungen Ausländer Deutschland zu verlassen hätten. Die Instrumentarien des Ausländergesetzes und der Abschiebung von ausländischen Straftätern würden voll genutzt. Es bestehe aber Übereinstimmung darüber, daß hier verhängte Freiheitsstrafen zur allgemeinen Abschreckung in der Regel mindestens teilweise auch hier verbüßt werden müßten. Der Minister teilte weiter mit, neueren Entwicklungen in der Strafrechtspolitik werde auch dadurch Rechnung getragen, daß verstärkt das Heimatland des Verurteilten um Vollstreckungshilfe gebeten werde. In diesem Zusammenhang machte er darauf aufmerksam, daß nach Auskunft des Bundesjustizministeriums mehr als die Hälfte aller etwa gegenüber der Türkei angebrachten Vollstreckungshilfeersuchen aus NRW gekommen seien. Behrens stimmte dem Hamburger Bürgermeister zu,



Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Karl Heinrich Wegener (r) ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde im Landtag. In seiner Laudatio erklärte der Präsident, Karl Wegener erhalte die Auszeichnung für die Verdienste, die er im Rahmen seiner vielfältigen Tätigkeiten auf kommunal- und landespolitischer Ebene sowie in der Verbandsarbeit erworben habe. Er erinnerte daran, daß der selbständige Landwirt fest mit der bäuerlichen Heimatscholle und in den ländlichen Traditionen seiner westfälischen Heimat verwurzelt sei. 1961 sei er in die CDU eingetreten und von 1969 bis 1974 Bürgermeister der Stadt Lüdinghausen gewesen. Von 1990 bis 1995 habe er dem Landtag angehört. Sein Arbeitsschwerpunkt habe im Bereich der Finanzpolitik gelegen. Daneben habe er sich um den landwirtschaftlichen Berufsstand verdient gemacht. Der Präsident schloß, Karl Wegener habe sich mit dem besonders westfälischen Bauern zugesprochenen Durchsetzungsvermögen für die Belange und Interessen seiner Mitmenschen nicht nur, aber vor allem auch im landwirtschaftlichen Bereich eingesetzt.

Foto: Schälte



Einen Meinungsaustausch mit den Mitgliedern des Kulturausschusses des nordrhein-westfälischen Städtetags hat der Kulturausschuß des Landtags Anfang Mai unter Leitung seines Vorsitzenden Leonhard Kuckart (CDU, zweiter von links) im Landtag durchgeführt. Im Mittelpunkt der sehr offen geführten Diskussion stand die regionale Kulturförderung des Landes, zu der sich auch durchaus kritische Fragestellungen aus den Reihen der Gäste zu deren Zielen und Schwerpunkten ergaben. Links neben Kuckart Beigeordneter Dr. Bernd Meyer vom Städtetag NRW.

Foto: Schälte

daß in dieser Frage mehr geschehen solle. Deshalb hätten die Justizministerinnen und Justizminister auf ihrer Konferenz im Juni 1996 den Bundesjustizminister gebeten, auf völkerrechtliche Vereinbarungen hinzuwirken, die eine Überstellung ausländischer verurteilter Personen auch ohne deren Zustimmung in ihre Heimatländer zur Vollstreckung freiheitsentziehender Sanktionen ermöglichen. „Ich hoffe, daß diese Bemühungen alsbald Erleichterungen bei

der internationalen Vollstreckungshilfe bringen“, meinte der Minister.

Auf eine Zusatzfrage des CDU-Abgeordneten Paus, ob die Landesregierung im Bundesrat einer Novelle des Ausländerrechts zustimmen werde, die der Bundestag beschlossen habe und die erleichterte Abschiebungsmöglichkeiten bei Straftätern vorsehe, antwortete Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD), man werde weitersehen, wenn das Ergebnis des Vermittlungsausschusses vorliege.

Rhein-Ruhr-Gebiet steht für eine Bewerbung um Olympia 2008 bereit

Als „klares Signal der Sportfraktion“ in den außerparlamentarischen Raum und damit gegenüber den Menschen im Lande hat der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Hans Kraft, die einstimmige Annahme des gemeinsamen Antrags aller drei Landtagsfraktionen „Olympische Spiele im Rhein-Ruhr-Gebiet“ (Drs. 12/2032) gewertet. Dr. Annemarie Schrapf von der CDU ergänzte, man sei sich bei allem bewußt, daß nur eine Stadt und nicht eine Region sich um die Austragung der Olympischen Spiele bewerben könne. Beide ergriffen das Wort auf der Sitzung des Sportausschusses am 12. Mai unter Leitung seines Vorsitzenden Uwe Herder (SPD).

In dem Antrag heißt es, die positiven Erfahrungen mit der Durchführung von sportlichen Großveranstaltungen zeigten, „daß die Bevölkerung an Rhein und Ruhr über ein großes Maß an Sportbegeisterung verfügt. Im Rhein-Ruhr-Gebiet finden sich viele Wurzeln des Sports; es ist eine ideale Bühne für internationale Begegnung. Die Integrationskraft und Weltoffenheit der Menschen bilden eine wichtige Basis, auf der eine Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele eingeleitet werden kann“.

Die Städte und die Sportvereine an Rhein und Ruhr verfügten über vielfältige Sportstätten und -anlagen, deren Modernisierung zum Teil in Zusammenhang mit der in Deutschland geplanten Durchführung der Fußballweltmeisterschaften im Jahr 2006 anstehe. Für die Organisation sportlicher Großereignisse mit weltweiter Bedeutung sei vor allem eine leistungsfähigere Infrastruktur im öffentlichen Verkehr notwendig. Zu den Kosten heißt es im gemeinsamen Antrag: „Im Rahmen einer offenen Diskussion über eine erneute Olympiabewerbung des Rhein-Ruhr-Gebiets müssen deshalb vor allem die finanziellen Rahmenbedingungen erörtert und die aktuelle Übersicht über die vorhandene nutzbare Infrastruktur in der

Rhein-Ruhr-Region vorgelegt werden.“ Der Landtag unterstütze das Vorhaben des Arbeitskreises „Olympia im Rhein-Ruhr-Gebiet“, die Grundlagen für eine Bewerbung um die Austragung zu erarbeiten. Er bitte die Landesregierung,

- gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Olympia im Rhein-Ruhr-Gebiet“ und den Gebietskörperschaften zu prüfen, welche der Voraussetzungen im Rhein-Ruhr-Gebiet bereits gegeben sind, um sich als Gastgeber für ein sportliches Großereignis wie die Olympischen Spiele bewerben zu können
- auf dieser Grundlage dem Landtag einen Bericht über die Finanzierungsmöglichkeiten und die bereits vorhandene nutzbare Infrastruktur für Olympische Spiele im Rhein-Ruhr-Gebiet vorzulegen
- die notwendige offene, transparente und breite Diskussion mit allen Beteiligten zu fördern
- den Arbeitskreis „Olympia im Rhein-Ruhr-Gebiet“ zu unterstützen, seine Bewerbungsabsicht nach der Entscheidung des Olympischen Komitees über die Olympiastadt 2004 zu konkretisieren.

Zur Entstehung der Arbeitsgruppe merkte Staatssekretär Dr. Hans-Jürgen Baedeker vom Sportministerium an, sie sei 1984 mit dem Ziel gegründet worden, eine Olympiabewerbung des Ruhrgebiets für das Jahr 2000 vorzubereiten. 1991 habe man beschlossen, diese Bewerbung zugunsten Berlins zurückzustellen. Nach der Bewerbungsniederlage Berlins im September 1993 und der Vergabe der Spiele 2000 an das australische Sydney habe sich das Nationale Olympische Komitee auf einen Bewerbungsverzicht für 2004 festgelegt. Im Vorfeld der Olympischen Spiele in Atlanta habe der Arbeitskreis, dem die Oberbürgermeister von Bochum, Düsseldorf, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen, der Landes-sportbundpräsident und -vizepräsident, die Minister Clement und Brusis sowie der Di-

rektor des Komunalverbands Ruhrgebiet angehörten, seinen Gedankenaustausch über eine Olympiabewerbung für das Jahr 2008, diesmal unter Einbeziehung der Stadt Düsseldorf, fortgesetzt. Ende November vergangenen Jahres habe man sich in „Olympia im Rhein-Ruhr-Gebiet“ umbenannt und beschlossen, die Bewerbung für 2008 vorzubereiten, wenn im September dieses Jahres die Wahl des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) auf eine außereuropäische Stadt falle. Es war einhelliges Ziel, die für eine zielgerichtete Bewerbung erforderlichen Schritte so vorzubereiten, „daß das Rhein-Ruhr-Gebiet unmittelbar nach der IOC-Entscheidung im September 1997 startbereit ist“.

Baedeker weiter: Die Landesregierung begrüßte, daß der Arbeitskreis Düsseldorf und die Rheinschiene mit einbezogen habe, weil damit die Erfolgsaussichten einer möglichen Olympiabewerbung zweifellos verbessert würden. Das Rhein-Ruhr-Gebiet sei eine Kulturlandschaft und ein Sportland von internationalem Rang und nicht zuletzt ein starker Dienstleistungsstandort: „Das sind solide Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Bewerbung um Olympia 2008 an Ruhr und Rhein“. Die Landesregierung sei zur Unterstützung einer Bewerbung bereit. Der Ministerpräsident habe schon unterstrichen, „daß Olympische Spiele im Rhein-Ruhr-Gebiet nicht nur ein unvergeßliches sportliches Ereignis für die Menschen dieser Region wären, sondern auch ein Impuls für die strukturelle, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Region, wie man ihn sich kräftiger und durchschlagender kaum wünschen könnte“.

Sportplatzgebühren

Wegen der zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten der kommunalen Haushalte würden die Sportvereine immer häufiger durch Nutzungsentschädigungen für Sportstätten zur Kasse gebeten. Dadurch könne die Arbeit der Vereine, die am Allgemeinwohl ausgerichtet und gemeinnützig sei, erheblich Schaden leiden, stellte der CDU-Abgeordnete Leonhard Kuckart in seiner Kleinen Anfrage fest und will wissen, ob die Landesregierung rechtliche Möglichkeiten sehe, „die Vergabe von Landesmitteln für Sportstätten daran zu knüpfen, daß Nutzungsgebühren für gemeinnützige Vereine ausgeschlossen werden“.

Die Erhebung von Gebühren für die Benutzung kommunaler Sportstätten sei eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung, erklärt Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) in seiner Antwort (Drs. 12/1771). Aber nicht nur deswegen sei es rechtlich bedenklich, die Vergabe von Landesmitteln vom Ausschluß der Gebührenerhebung abhängig zu machen: Auch vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage vieler Gemeinden sei eine solche Regelung nicht gerechtfertigt, zumal diese nach der Gemeindeordnung zum Haushaltsausgleich verpflichtet seien.

Der Minister merkt an, da die Gemeinden nicht gehalten seien, kostendeckende Gebühren zu erheben, hätten sie die Möglichkeit, „örtlichen Gegebenheiten sowie sozial- und sportpolitischen Aspekten angemessene Rechnung zu tragen“. Trotz der angespannten finanziellen Lage unterstützten viele Gemeinden nach wie vor ihre Sportvereine auch in finanzieller Hinsicht.



Der Einsatz illegaler Mittel und die Auswirkungen auf den sporttreibenden Menschen war auch ein Thema auf der Tagesordnung des Sportausschusses. Zu Beginn der Sitzung versammelten sich für ein Gruppenbild (v.l.): Heinz-Helmich van Schewick (CDU), Dr. Schenzer vom Institut für Biochemie der Deutschen Sporthochschule Köln und designierter Nachfolger des verstorbenen „Doping-Papstes“ Professor Donike, Sportausschußvorsitzender Uwe Herder (SPD), Ministerialrat Frie vom MAGS und Ministerialdirigent Johannes Eulerling vom Sportministerium.
Foto: Schälte

Ausbildungsleistungen der Landesverwaltung werden verstärkt

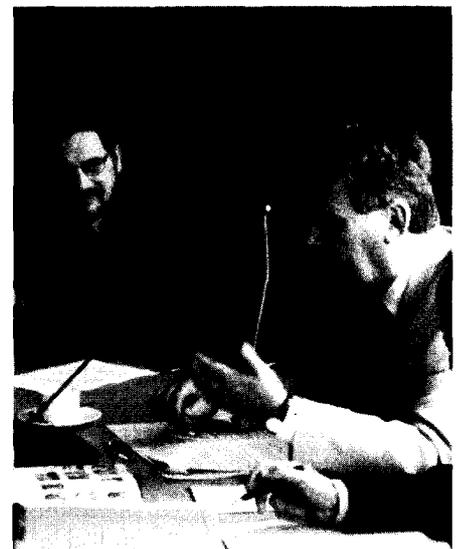
Auf Antrag der wirtschaftspolitischen Sprecherin der GRÜNE-Fraktion behandelte der Wirtschaftsausschuß am 7. Mai das Thema „Ausbildung und Übernahme in der Landesverwaltung“.

Staatssekretär Jörg Bickenbach (Wirtschaftsministerium) berichtete zunächst, von 1281 Jugendlichen, die 1995 eine duale Ausbildung bei der Landesverwaltung beendet hätten, seien 729 eingestellt worden (Vorlage 12/1315). Ein Teil der Auszubildenden sei nach Abschluß der Ausbildung auf eigenen Wunsch ausgeschieden. Wegen geringerer Übernahme-Möglichkeiten würden die Ressorts die Ausbildungsinhalte und -leistungen erweitern. So würden im Ressort Wirtschaft/Verkehr vier junge Leute nicht nur für die Verwaltung, sondern für den Einsatz in Bürokommunikation ausgebildet. Im Haushaltsplan 1997 seien 9 058 „Stellen für Auszubildende (einschließlich Praktikanten)“ beim Land ausgewiesen.

Das Berichtersuchen war von Alexandra Landsberg (GRÜNE) unter Hinweis auf die Koalitionsvereinbarung begründet worden, wonach SPD und GRÜNE die Landesregierung zu Initiativen verpflichtet habe, „um Jugendlichen nach ihrer Ausbildung ein Jahr eine Weiterbeschäftigung zu sichern und ihnen damit die Möglichkeit für Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu eröffnen.“ Außerdem sollte die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht werden, um mindestens fünf Prozent, wie Landsberg meinte. Mehr Plätze anzubieten, hielt auch der Staatssekretär für richtig, vor allem im Hinblick auf die deutlich zurückgehende Bereitschaft der Wirtschaft. Schon 1996 sei das Land diesen Weg gegangen. Jedoch sei das Angebot im nachgeordneten Bereich nicht voll genutzt worden. Loke Mernizka (SPD) äußerte die Überzeugung, ohne den Ausbildungskonsens wäre das Loch noch viel größer, das durch noch so große Anstrengungen nicht aufzufüllen sei, zumal immer mehr Stellen überhaupt abgebaut würden. Fritz Kollorz (CDU) plädierte für differenziertere Übernahme-Angebote, zum Beispiel als Teilzeitbeschäftigung. Das Land müsse seine Vorbild-Funktion aufrecht erhalten.



Peter Bensmann, (l und r): Der CDU-Landtagsabgeordnete Peter Bensmann (l) aus Unna stützte, als er kürzlich seinen Namen im Bericht einer Wochenzeitung las. Denn über seine Tätigkeit als Mitglied des Haushaltsausschusses sowie als Vorsitzender des Unterausschusses Personal gelangt (außer in dieser Zeitung) selten etwas in die Spalten überregionaler Presse. „Zur Zeit habe ich einen 18-Stunden-Tag, stöhnt Bensmann“, hieß es dort. Das konnte zwar auf Landtagsabgeordnete aus NRW zutreffen. Aber gemeint war Peter Bensmann (r), ein Namensvetter, 18 Jahre jünger, ebenfalls aus Westfalen stammend, und vielleicht verwandt. Bald war ein Kontakt hergestellt. Und kürzlich besuchte P.B. II P.B. I im Landtag, der „business development manager“ einer englischen Versicherungsgruppe mit dem Spezialgebiet Schutz gegen „vorsätzliche kriminelle Kontamination durch Dritte“. Deutschland-Repräsentant Peter Bensmann versichert Firmen gegen Schäden durch vergiftete Produkte, nach aktuellen Lösegeld-Erpressungen ein gefragtes „Produkt“. Auch für den Landtags-Bensmann ist Kontamination kein Fremdwort. Als Berufssoldat hatte er mit De-Kontamination, jedenfalls in der Ausbildung, zu tun. Immerhin waren 30 Prozent der Artilleriemunition des Warschauer Pakts chemisch verseucht. Die beiden Bensmänner aus Westfalen wollen weiter Ahnenforschung betreiben, nachdem sie Übereinstimmung bei jugendlichen und politischen Aktivitäten bereits ausgemacht haben. Beide dienten jahrelang als Pfadfinder, und beider politische Heimat ist die CDU.



„Ohne Moos nix los“ war Thema im Kommunal-ausschuß mit Innenminister Franz-Josef Kniola (l) unter Leitung des Vorsitzenden Karl Hofmann (SPD).

Foto: Schälte

Selbstbindung bei Kommunal-Finzen

Der Ausschuß für Kommunalpolitik lehnte am 7. Mai CDU-Anträge zur Änderung der Landesverfassung, für Behandlungsqualität in Fitneßstudios und gegen Genehmigungen von Gesamtschulen bei Haushaltsdefiziten ab. Die abschließende Beratung des CDU-Antrags „Mehr Demokratie wagen – Kommunalwahlrecht reformieren“ (Drs. 12/1365), bei dem es um die Einführung von Kumulieren und Panaschieren geht, wurde auf die nächste Sitzung am 17. September vertagt. Albert Leifert (CDU) bedauerte die Vertagung, da Wahlrechtsänderungen spätestens 18 Monate vor der nächsten Kommunalwahl vorliegen müßten. Die SPD bejahe zwar das Antragsanliegen der CDU, wolle es aber im Oktober 1999 noch nicht, sagte Leifert. Ewald Groth (GRÜNE) befürwortete das Anliegen und ergänzte, seine Fraktion wolle darüber hinaus das Wahlalter auf 16 Jahre absenken.

Zum Oppositionsbegehren, einen finanziellen Ausgleich für die Gemeinden zur Durchführung gesetzlich vorgeschriebener öffentlicher Aufgaben in der Landesverfassung zu verankern (CDU-Gesetzentwurf Drs. 12/933), teilte Jürgen Thulke (SPD) mit, die Koalitionsfraktionen strebten in einem eigenen Antrag (liegt inzwischen als Drs. 12/2017 vor) eine Grundgesetzregelung zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen an — durch die Landesregierung im Bundesrat. Ewald Groth (GRÜNE) lehnte den CDU-Gesetzentwurf ebenfalls ab und wies auf die Selbstbindungsabsicht im Koalitionsantrag hin: Auch der Landtag dürfe keine Gesetze mit neuen Aufgaben beschließen, wenn er nicht den vollen Ausgleich für kommunale Finanz-Mehrbelastungen gewährleiste. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) meinte, Bundespolitiker aller Parteien müßten endlich die Finanzauswirkungen ihrer Entscheidungen in den Gemeinden berücksichtigen.

Ebenfalls streitig verlief die Aussprache über den Gesamtschul-Antrag der CDU. Zur Begründung erklärte Hans Peter Lindlar (CDU), vor zwei Jahren habe die Landesregierung eine ganztägige Hauptschule wegen zusätzlicher Kosten nicht genehmigt, wenig später jedoch eine sechszügige neue Gesamtschule mit Kosten von 25 bis 27 Millionen Mark. Außerdem sei angesichts der neuen Bürgerbeteiligung durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid der Rang von 112 Gesamt-

Gegen die „Zeitliche Befristung der Landespauschale für unanfechtbar abgelehnte Asylbewerber“ wandte sich der NRW-Städte- und Gemeindebund. Er teilte dem Landtag das Ergebnis einer Erhebung unter 250 Städten und Gemeinden mit, wonach die 18 449 unanfechtbar abgelehnten Asylbewerber (Ende 1996) 24 Monate in der Aufnahmegemeinde wohnen blieben. Während das Land die Kosten für vier Monate erstatte, müßten die Kommunen einen fünfmal so langen Zeitraum allein finanzieren. Das bedeute allein für die Kommunen, die sich an der Umfrage beteiligt hätten, einen Einnahmeverlust von 220 Millionen Mark (Vorlage 12/1118).

schul-Elternwünschen fragwürdig geworden.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) erläuterte, gesetzlich zwingende Aufgaben wie den Betrieb von Schulen könnten die Gemeinden nicht aus Haushaltsgründen aussetzen. Zur Errichtung von Schulen seien sie verpflichtet, nicht allerdings zum Neubau. Walter Grevener (SPD) warf der CDU vor, sie wolle Gesamtschulen in NRW verhindern, was wegen fehlender Mehrheit ohne Erfolg bleibe. Ewald Groth (GRÜNE) sprach sich für Respektierung des Elternwillens und für die kostengünstigsten Lösungen aus.

Petitionsausschuß konnte helfen, nur nicht bei Fluglärm

Der Petitionsausschuß nahm in der von Barbara Wischermann (CDU) geleiteten Sitzung am 13. Mai einstimmig ein von SPD und GRÜNEN vorgeschlagenes Votum zum Thema „Nachtflug am Flughafen Köln/Bonn“ an. Friedhelm Lenz (SPD) erklärte, der Vorschlag sei mit seinen Kollegen im Verkehrsausschuß abgesprochen. Jens Petring (GRÜNE) begrüßte die konstruktive Beratung. Den Petitionen werde nicht stattgegeben, so daß nicht mit weiteren Eingaben zu rechnen sei. Das Votum könne von allen Fraktionen getragen werden. Die CDU stimmte der Vorlage zu. In zahlreichen anderen Eingaben konnte den Petenten geholfen werden.

Im gemeinsamen Votum zu etwa einem Dutzend Beschwerden wegen des Fluglärms in Köln/Bonn weist der Petitionsausschuß auf aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen hin. Abweichend davon meinten die Petenten, neuere Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung bei Störungen des Nachtschlafs seien vom Landtag nicht ausreichend berücksichtigt worden, und wollten ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr für Frachtflüge.

„Der Petitionsausschuß hat zur Kenntnis genommen, daß es im Landtag für die Einführung eines Nachtflugverbots am Flughafen Köln/Bonn keine parlamentarische Mehrheit gibt“, stellten die Fraktionen fest. Deshalb könne er dem Anliegen nicht zur Durchsetzung verhelfen. „Gleichwohl bittet er den Verkehrsausschuß und den Gesundheitsausschuß, die Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung in die zukünftigen Entscheidungen ausdrücklich einfließen zu lassen.“

Designstudium an FH

Ein heute 30jähriger Mann kam aus Kolumbien nach Deutschland, um hier Design zu studieren. Zunächst mußte er ein einjähriges Studienkolleg absolvieren, um die deutsche Hochschulreife zu erlangen. Einen der sehr gefragten Design-Studienplätze erlangte er danach aber nicht. Deshalb erlernte er den

Beruf des Bauzeichners in einem Ingenieurbüro in Mülheim/Ruhr, um dann Architektur zu studieren. Da wurde ihm der Schwerpunkt Gestaltung im Studienkolleg zum Verhängnis. Einige Fachhochschulen in NRW lehnten die Aufnahme zum Architekturstudium ab, denn es sei eine Feststellungsprüfung im Schwerpunkt Technik erforderlich. Vom Studienkolleg für ausländische Studierende der FH Köln wurde er zu zwei Terminen einer Ergänzungsprüfung eingeladen, um die er sich zunächst beworben hatte, an der er dann aber nicht teilnahm. Im Mai 1996 unterzog er sich der künstlerisch-gestalterischen Eigenschaftsfeststellung an der FH Düsseldorf und beantragte die Zulassung zum Studiengang Architektur. Weil die Prüfung in Technik fehlte, wurde er nicht zum Studium zugelassen.

Nun wandte sich der junge Mann, der bereits in seiner Heimat Kolumbien eine Mode-Designer-Ausbildung begonnen hatte, an ein Landtagsmitglied der GRÜNEN aus Mülheim/Ruhr mit der Bitte um Weiterleitung an den Petitionsausschuß. Außerdem legte er Widerspruch gegen die Ablehnung ein, unterstützt von einem Rechtsanwalt aus Oberhausen, der unter anderem darauf hinwies, daß der Unterschied zwischen den beiden Schwerpunkten nur in einem Fach begründet sei, das er durch seine Ausbildung als Bauzeichner mehr als wettmache. Außerdem bat er um Zulassung seines Mandanten als Gasthörer, da das Architekturstudium nur im Wintersemester begonnen werden könne und sein Mandant bei völliger Ablehnung noch weiteren Ärger bezüglich seines Aufenthaltsrechts zu befürchten habe.

Der Petitionsausschuß erbat vom Wissenschaftsministerium eine Stellungnahme und erhielt nach ausführlicher Darstellung des Sachverhalts zur Antwort, der Petent hätte fehlerhafte Telefonauskünfte der FH erkennen können. Im übrigen reiche die Zahl der Architektur-Studienplätze an den insgesamt acht FH-Orten in NRW nicht aus, um alle qualifizierten Bewerber aufzunehmen. „In Vertretung des Staatssekretärs“ bestätigte das Ministerium die Ablehnung durch die FH Köln. Der Petitionsausschuß schloß sich der ministeriellen Empfehlung an, der Petent solle sich nach Bestehen der Ergänzungsprüfung im Schwerpunktkurs Technik nicht nur an der FH Düsseldorf, sondern an weiteren Hochschulen bewerben. Nach dem Ende des Wintersemesters und nachdem der Fall noch mehrmals erörtert worden war, teilte die FH Düsseldorf dem Petitionsausschuß mit, der Petent habe die Einstufungsprüfung bestanden. Seiner Einschreibung für das 2. Semester stehe nichts im Wege.

Polizeidienst

„Gruppenbeamte in den Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei stellen für Kollegen, die mehrere Jahre im Wach- und Wechseldienst tätig waren, eine klare Rückstufung dar. Ist es nicht so, als wenn man einen Meister auf einen Gesellenposten setzt?“ fragte ein Polizeibeamter aus dem

Bonner Raum den Petitionsausschuß. Wenn man das Polizeipräsidium Bonn als Wunsch- und Endbehörde habe, solle man dafür nicht gezwungen werden, seinen geregelten Wechseldienst für die Verwendung in der Einsatzhundertschaft aufgeben zu müssen, meinte er und fügte hin zu, die Umsetzung des Erlasses des Düsseldorfer Innenministeriums rufe Unmut hervor und wirke sich negativ auf die Motivation der meisten Kollegen aus. Und ein Kollege registrierte einen Einkommensverlust von 300 Mark und ahnte, ein Unternehmensberater habe die neue Einsatz-Verwendung empfohlen. Das Innenministerium antwortete, Streifenbeamte im Wachdienst und Gruppenbeamte in einer Einheit der Bereitschaftspolizei seien gleichwertig. Durch den vorgeschriebenen mindestens einjährigen Wachdienst würden Erfahrungen gewonnen sowie die Selbstsicherheit und Kommunikationsfähigkeit gesteigert. Veränderungen im sozialen Umfeld seien unvermeidbar und zumutbar. Die Wechselschichtzulage und die Vergütung für „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ würden als Ausgleich für Erschwernisse gezahlt. Einen Anspruch darauf, sozusagen zur Wahrung des „Zulagen-Besitzstandes“, gebe es nicht. Sicherheitsdefizite seien nicht zu befürchten. Im übrigen seien beide Petenten von den 45 Umsetzungen im Raum Bonn zum 1. Oktober 1996 nicht betroffen.

Herztransplantation

„Bei dem Patienten liegt eine fortgeschrittene Herzkrankheit mit Zustand nach Bypaß-Operation am Herzen 1991 in Ex-Jugoslawien vor“, schrieb der Chefarzt eines Krankenhauses an das Sozialamt und bat um Übernahme der Kosten für eine Herztransplantation. Dieses lehnte unter Hinweis auf das Asylbewerberleistungsgesetz ab, wonach ausschließlich Leistungen zur Behandlung akuter Erkrankungen gewährt würden. Daraufhin rief die örtliche Presse zu Spenden auf. Mehr als 100 000 Mark sollte die Operation kosten. Das Spenden-Aufkommen hätte gerade für die vorbereitende Diagnose gereicht.

Eine Landsmännin reichte für den 50jährigen Bosnier eine Eingabe beim Petitionsausschuß ein, der eine Stellungnahme des Innenministeriums einholte. Weil der Patient ein zur Ausreise verpflichteter, „geduldeter“ Ausländer ist, war die inzwischen auch erwogene Aufnahme im Herzzentrum Bad Oeynhausen als fraglich angesehen worden. Außerdem seien, so das Sozialamt, das sich auf ein Gutachten des Herzchirurgen berief, gesicherte Nachuntersuchungen zur Garantie des lebenserhaltenden Erfolgs Voraussetzung für die Operation. Diese seien im Herkunftsland jedoch nicht gegeben.

Drei Monate nach Eingang der Petition teilte das Sozialamt dem Innenministerium mit, dem Herzzentrum Oeynhausen sei die Kostenübernahme nach dem Bundessozialhilfegesetz zugesagt worden. Denn der Patient, der sich inzwischen auch durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen hatte, sei aus medizinischer Sicht zur Ausreise nach Bosnien nicht in der Lage. „Familie Ribic kann ihr Glück nicht fassen“, lautete dazu die Schlagzeile in der örtlichen Zeitung. Auch die Kosten für die mehrjährige Anschlußbehandlung werden laut Zusage vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe übernommen.

Interregio-Halt in Leverkusen

Mindestens 54 Minuten benötigten Bahnreisende aus Leverkusen, um einen IC nach Hamburg oder Hannover ab Düsseldorf zu erreichen, hat die SPD-Abgeordnete Irmgard Mierbach aus Leverkusen errechnet, und zwar deshalb, weil der Interregio in der 161 000 Einwohner-Stadt nicht hält und der S-Bahn-Fahrplan keine rechtzeitige Ankunft in der Landeshauptstadt ermöglicht. „Die DB würde mit dem Halt der IR-Züge in Leverkusen bei minimalem Aufwand einen für sie günstigen wirtschaftlichen Effekt erzielen“, meinte Frau Mierbach, als sie ihr Anliegen dem Vorstandsmitglied Heinz Neuhaus am 15. Mai vortrug.

Wie sie nahmen auch zahlreiche weitere Mitglieder der Parlamentarischen Gruppe Bahn die Gelegenheit des vom Vorsitzenden des Verkehrsausschusses Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Treffens wahr, aktuelle Probleme des Schienenverkehrs aus ihren Wahlkreisen vorzutragen. Vorstandsmitglied Neuhaus hatte als „Perspektiven für den Fernverkehr der DB in NRW“ unter anderem die Schubwirkung durch den Neubau der Strecke Köln-Rhein/Main und die Anbindung Amsterdam angesprochen. Er trat für ein einheitliches Angebot von Nah- und Fernverkehr ein und warnte vor Verkehrsverträgen mit Sanktionen bei Verspätungen. Als Beitrag zur Wirtschaftsförderung erwähnte er die Gründung der DB-Autozug in Dortmund.

Rheinquerung Ilverich

In einer Dringlichen Anfrage hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Hardt, darauf aufmerksam gemacht, daß Meerbuscher Bürger beim Bundesverfassungsgericht gegen die Anordnung von Verkehrsminister Clement auf sofortigen Vollzug des Baubeginns des sechs Kilometer langen Abschnittes der Autobahn 44 zwischen Meerbusch-Strümp und Düsseldorf-Lohausen zwei Verfassungsbeschwerden eingelegt hätten. Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) antwortete, ihm sei nicht bekannt, ob das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung angenommen habe. Mit einer zeitlichen Verzögerung beim Neubau der A 44 aufgrund der Verfassungsbeschwerde rechne er nicht.

Ausschußvorsitzende diskutierten über Einflußmöglichkeiten der Länderparlamente in Deutschland auf die Europapolitik

Am 25. April 1997 fand im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf eine Konferenz der für Europafragen zuständigen Ausschußvorsitzenden der deutschen Länderparlamente (EVK) statt.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik, Professor Dr. Horst Posdorf, begrüßte zur Konferenz der für Europafragen zuständigen Ausschußvorsitzenden der deutschen Länderparlamente (EVK) am 25. April sechs Kollegen im nordrhein-westfälischen Landtag. Die Ausschußvorsitzenden Jo Leinen (Saarland), Jürgen Adler (Berlin), Joachim Franck (Brandenburg), Aloys Lenz (Hessen), Klaus-Dieter Kühnrich (Sachsen) und Fritz Schröter (Thüringen) waren nach Düsseldorf gekommen, um europapolitische Informationen auszutauschen und gemeinsame Initiativen anzuregen.

Themen dieses Treffens waren der gegenwärtige Stand der Regierungskonferenz, der Gipfel der Regionen am 15./16. Mai 1997 in Amsterdam, die Besetzungsverfahren für europäische Institutionen in den Ländern, die geplante Reform der Strukturfonds, die Berichterstattung aus dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages und die mögliche Etablierung einer deutsch-französischen Universität in Saarbrücken.

Darüber hinaus diskutierten die Ausschußvorsitzenden auch über die generellen Einflußmöglichkeiten der deutschen Länderparlamente auf die Europapolitik und verabredeten einen intensiven Informationsaustausch über gegenwärtige und zukünftige Europa-initiativen der Landtage. Das nächste Treffen findet auf Einladung von Jo Leinen am 7.11.1997 in Saarbrücken statt.

Auf dem Foto sind zu sehen (v.l.n.r.): Klaus-Dieter Kühnrich, Fritz Schröter, Jürgen Adler, Professor Dr. Horst Posdorf (Vorsitzender der Konferenz), Jo Leinen (stellvertretender Vorsitzender) und Joachim Franck.



Der Präsident des Landtages von Asturien, Ovidio Sánchez Diaz hat den nordrhein-westfälischen Landtag besucht und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfangen worden. Damit fand eine erste Begegnung des Parlamentes von Asturien im Norden von Spanien und des nordrhein-westfälischen Landtags im Hinblick auf eine Tagung der Präsidenten europäischer Regionalparlamente im Oktober in Asturien statt. Das Bild zeigt v.l. Ulrich Schmidt, Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber, Dolmetscherin Aurora de la Valgoma, Ovidio Sánchez Diaz sowie Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose.
Foto: Schälte

Reform der Mittelebene

Der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform unter der Leitung seines Vorsitzenden Stefan Frechen (SPD) hat sich bei einer Anhörung von Sachverständigen mit der Reform der Mittelebene der Verwaltung im Land NRW befaßt. „Landtag intern“ ist auf das Hearing bereits eingegangen. Hier der Schluß der Berichterstattung:

Für den Landkreistag NRW erklärte dessen Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Dr. Joachim Bauer, die Gründe, die gegen die Bildung einer eigenen Verwaltungsregion Ruhrgebiet sprächen, sprächen auch gegen Überlegungen, dem Kommunalverband Ruhrgebiet durch Gesetz zusätzliche Aufgaben bindend zuzuweisen. Im Gegenteil dürfte es dem Ziel förderlich sein, Verwaltungsebenen zu reduzieren, wenn verstärkt der Überlegung nachgegangen würde, die gegenwärtige Zwangsmitgliedschaft im KVR mit entsprechenden Übergangsfristen in eine freiwillige Mitgliedschaft umzuwandeln. Wenn diese freiwillige Mitgliedschaft mit der Möglichkeit kombiniert würde, daß die KVR-Mitglieder dem KVR auch zusätzlich Aufga-

ben freiwillig übertragen könnten, würde der KVR seinen Zwangsverbandscharakter verlieren und zu einem flexiblen Kooperationsinstrument seiner Mitglieder umgewandelt, das in den Aufgabenbereichen tätig werden könne, in denen dies nach Auffassung seiner Mitglieder aufgrund der Interessenkonvergenz notwendig sei. Einer Verwaltungsstrukturreform müsse eine Aufgabenkritik zugrunde liegen, betonte Frank Stein für den Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund. Die derzeitige Aufgabendeckung lasse sich nicht länger aufrecht erhalten. Man müsse über materielle Inhalte von Verwaltungstätigkeit nachdenken. Aufgaben und Finanzzuständigkeit seien zusammenzuführen. Stein wandte sich entschieden gegen Umlagefinanzierung. Nach seinen Worten sollten ferner Ministerien keinen Einzelfallvollzug betreiben. Er forderte Selbstbeschränkung auf das Notwendige, um Ressourcen freizusetzen. Die Diskussion um die Mittelebene müsse fortgesetzt werden. Im übrigen wollte er keinen Entscheid für eines der vorgeschlagenen Modelle geben. Nach Ansicht seines Verbandes sei kein Modell so ausgereift, daß man sagen könne „o.k., so machen wir's“.



SPD-Fraktion**Neue Arbeitsplätze durch
Forschungs-Förderung**

„Wer neue Arbeitsplätze schaffen und die Zukunft unseres Landes sichern will, der muß die Forschung fördern und den Transfer von Forschungsergebnissen in die praktische Umsetzung beschleunigen.“ Diese Auffassung vertrat SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen bei einem Besuch im Forschungszentrum Jülich. Er ermunterte die Forschungseinrichtung ausdrücklich dazu, ihre Partnerschaften vor allem mit der mittelständischen Industrie fortzusetzen.

„Ich würde mir um die Zukunft unseres Industrie- und Wirtschaftsstandortes weniger Sorgen machen, wenn es uns gelänge, mehr gute Ideen aus Forschungslabors schneller zur Marktreife im eigenen Land zu bringen“, unterstrich Matthiesen. Dabei räumte er ein, daß viele kleinere Firmen oft nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, um Forschungsergebnisse bis zur Marktreife weiterzuentwickeln. Deshalb müsse ein Konzept für einen Risikokapitalfonds entwickelt werden, das mehrere Partner zusammenbringe, das Risiko für den einzelnen minimiere und neuen Produkten und Verfahren eine Chance gebe.

Die stärkere Verknüpfung von Wissenschaft und Forschung mit praktischer Anwendung sei ein Baustein der Standort- und Innovationsoffensive, die die SPD-Landtagsfraktion für den Herbst dieses Jahres vorbereite, kündigte Klaus Matthiesen an. Dabei setze die SPD-Fraktion auf mehr Kooperation zwischen allen Verantwortlichen bei Gewerkschaften, Industrie, Banken, Handel, Handwerk und Politik.

Der Informationsbesuch des SPD-Fraktionsvorsitzenden war auf Initiative des Abgeordneten Adolf Retz zustande gekommen. Retz hat im Landtag die Parlamentarierinitiative „Pro Biotechnologie“ gegründet. Im Jülicher Institut für Biotechnologie überzeugte sich Matthiesen von vielversprechenden Entwicklungen, zum Beispiel für die medizinische Anwendung. Die Biotechnologie sei geeignet, die Chemie und deren praktische Anwendung ebenso zu revolutionieren, wie dies mit Hilfe von Mikroprozessoren bei modernen Rechnern und in der EDV bereits geschehen sei, ist Matthiesen überzeugt.

Nordrhein-Westfalen könne ein Zentrum der Biotechnologie werden. Es komme darauf an, diese Chance zu begreifen und das darin schlummernde Potential zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung neuer, zukunftsreicher Arbeitsplätze zu wecken. Das Forschungszentrum Jülich sei auf diesem Weg ein wichtiger Partner, und zwar nicht nur im Bereich Biotechnologie, sondern auch zum Beispiel bei der Verfahrenstechnik, bei neuen Werkstoffen oder bei der Energieumwandlung.

CDU-Fraktion**Zwei Jahre Rot-Grün: NRW
braucht Neuwahlen**

Zwei Jahre nach der Landtagswahl von Mai 1995 hält die CDU-Landtagsfraktion Neuwahlen für die beste Lösung, um das Land aus dem rot-grünen Dilemma zu befreien. „Jedes Ergebnis dieser Neuwahlen kann nur besser sein als die jetzige Regierung“, erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Helmut Linssen. „Der grüne Apfel, in den Ministerpräsident Rau damals eigentlich nicht beißen wollte, ist den Menschen in Nordrhein-Westfalen im Halse stecken geblieben.“ Die Bilanz der ersten beiden Jahre nach dem Wahltag im Mai 1995 lasse sich unter der Überschrift „Krisen, Chaos, Kontroversen“ zusammenfassen, stellte Linssen fest. „Die Probleme in unserem Land werden verschwiegen, verharmlost und verkleistert. Die Arbeitslosenquote ist überdurchschnittlich hoch, Investitionen werden durch die Industrie- und Technologiefeindlichkeit der Regierung Rau/Höhn verhindert, wichtige Entscheidungen für den Luftverkehr, für die Energieversorgung und den Autobahnbau werden blockiert“, kritisierte Linssen. „Diese Landesregierung hat es zu verantworten, daß in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit der höchsten Energieproduktion, ein 20 Milliarden Mark schweres Investitionsprogramm für den Bau leistungsfähiger und umweltfreundlicher Braunkohlekraftwerke auf Eis liegt. In NRW, dem Kernland Europas, werden wichtige Entscheidungen für den Luftverkehr, für die Energieversorgung und den Autobahnbau blockiert. Dabei interessiert es die Regierung Rau/Höhn offensichtlich nicht, in welcher Verfassung das Land dasteht, sondern lediglich, wie die Koalition aus diesen Kontroversen hervorgeht.“

Auch im Bereich der Finanzpolitik versündige sich nach Linssens Worten „die Landesregierung an dieser und den kommenden Generationen“: Von einer Begrenzung der Neuverschuldung sei schon lange nicht mehr die Rede, ebenso wenig von einem ernstgemeinten Abbau von Verwaltungsplanstellen. „Das einzige, was unter der Regie des sich gern als unbestechlicher Hüter der Finanzen gerierenden SPD-Finanzminister Schleißer abgebaut wird, ist der Anteil der Investitionsquote am Landeshaushalt.“ Diese Quote, die im Jahr 1982 noch bei 20,7 Prozent gelegen habe und ein wichtiger Baustein für eine solide Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sei, liege inzwischen nur noch bei 10,5 Prozent, rechnete der CDU-Fraktionsvorsitzende vor. „Rot-Grün schadet nicht nur dem Land, sondern auch dem Vertrauen der Menschen in die Politik“, stellte Linssen abschließend fest.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion**Aus für Hertener Forensik ist
Kapitulation des Sozialstaats**

Bis September 1996 kannte kaum jemand in Deutschland das Städtchen Hertener. Heute ist Hertener ein offenes Buch: Man kennt seine Einwohner, man weiß, wer welche Meinung hat und wessen Kinder auf Demonstrationen die von den Eltern gemalten Plakate durch die Straßen trugen. Verursacht hat diesen Bekanntheitszuwachs eine Entscheidung der Landesregierung, in Hertener eine Forensische Klinik zu bauen. Auch wenn man sagen muß, daß die Art und Weise, wie diese Entscheidung den Hertenern mitgeteilt wurde, nicht gerade eine Glanzleistung in Sachen Kommunikation und Vermittlung war, so ist doch unstreitig, daß eine solche Klinik in NRW gebaut werden muß und daß die Standortentscheidung für Hertener richtig war und ist. Daß eine solche Einrichtung Sorgen und Ängste weckt und nicht auf Beifallsstürme in der Bevölkerung stößt, war jedem, der an der Entscheidung mitgewirkt hat, klar.

Doch dem unsachlichen Protest nachzugeben und vom Neubau der geplanten forensischen Klinik in Hertener abzusehen, ist bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf deutliche Kritik gestoßen. Hinzu kommt, daß diese Entscheidung von Sozialminister Horstmann nicht nur eine Absage an den Standort Hertener ist, sondern im gleichen Atemzug betont wurde, man werde den Bau einer solchen Einrichtung, egal an welchem Standort, grundsätzlich nicht mehr weiterverfolgen. Statt dessen sollen psychisch kranke Straftäter in Allgemeinpsychiatrischen Kliniken mit freien Plätzen untergebracht werden. Nach Auffassung der Fachleute des Landschaftsverbandes ist dies schon aus Sicherheitsgründen nicht zu verantworten.

Es gibt keinen besseren Schutz vor psychisch kranken Straftätern als die Realisierung moderner forensischer Konzeptionen. Noch im Frühjahr hat eine Sachverständigenanhörung die Dringlichkeit einer Dezentralisierung des Maßregelvollzugs durch neue Standorte im Ballungsraum des Ruhrgebiets unterstrichen. Zugleich ist deutlich geworden, daß neben einer Qualitätssteigerung der Kriminalprognosen über die Rückfallgefahr eine weitere Verbesserung der therapeutischen Qualität unerlässlich ist, um gerade die Sicherheit für die Bevölkerung zu erhöhen. In überfüllten, räumlich ungeeigneten oder zu kleinen Einrichtungen ist aber an die notwendigen Qualitätsverbesserungen nicht zu denken. Außerdem wird in der öffentlichen Diskussion weitgehend verdrängt, daß es hier nicht um normale Schwerestrafkriminalität geht, sondern um kranke Menschen. Wenn der Sozialstaat nicht mehr in der Lage ist, Kranken zur notwendigen Heilbehandlung und der Bevölkerung dadurch zum notwendigen Schutz zu verhelfen, weil er sich von der Stimmung der Stammtische abhängig macht, dann bekommen wir ein gravierendes Problem.

Entschädigungen und Kommunalrecht

Die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung hat als Band 14 der Schriftenreihe „Kommunalpolitische Texte“ einen Band mit dem Titel „Die Entschädigungsregelungen im Kommunalrecht“ herausgegeben. Der Band, der sich in erster Linie an Kommunalpolitikerinnen und -politiker wendet, erschließt das Thema in fünf Kapiteln, um im Einzelfall eine Hilfe anzubieten. Das erste Kapitel ist einem Überblick über Aufbau, Aufgaben und Organisation der Kommunen gewidmet. Das zweite Kapitel befaßt sich detailliert mit den Rechten und Pflichten sowie den Fragen einer möglichen Haftung der Mitglieder kommunaler Vertretungskörperschaften. Die allgemeinen Grundsätze des Entschädigungsrechtes werden im dritten Kapitel erläutert. Kapitel vier stellt die entschädigungsrechtlich relevanten Vorschriften der Kommunalverfassung, d. h. die landesrechtlichen Entschädigungsverordnungen und Mustersatzungen, soweit erarbeitet, vor. Die Abfuhrpflicht für Vergütungen von Vertretern der Kommunen in wirtschaftlichen Unternehmen und anderen öffentlichen Einrichtungen wird im fünften Kapitel behandelt. Nach Angaben der Friedrich-Ebert-Stiftung haben zahlreiche Anfragen aus allen Bundesländern zur Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger dazu geführt, die 287seitige Schrift herauszugeben. Sie kann zum Preis von 25 Mark bei der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der Stiftung, Godesberger Allee 149, in 53170 Bonn, bezogen werden.



Die Landesregierung sei der Auffassung, daß es in Ausnahmefällen sinnvoll sein könne, Landesstraßen auszubauen, um die Voraussetzungen für eine Aufstufung zur Bundesstraße zu schaffen. Das geht aus der Antwort von Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) auf eine Kleine Anfrage des GRÜNEN-Abgeordneten Peter Eichenseher hervor (Drs. 12/1968).

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Sigrid Klösger (SPD)

Sie wollte von jeher etwas bewegen und eine gleichberechtigte Gesprächspartnerin mit fundierten Fachkenntnissen sein. Eine Schulleiterin – „die alles wußte und ich nichts“ – bewegte Sigrid Klösger dann endgültig dazu, die politische Laufbahn einzuschlagen. „Ich habe mich damals als Schulpflegschaftsvorsitzende sehr darüber geärgert“, erinnert sich die Sozialdemokratin. Als Mutter von zwei Kindern wollte sie schließlich wissen, worum es ging. Also holte sie die Defizite auf und entwickelte sich im Lauf von 30 Jahren zur Expertin in Sachen Schulpolitik.

Der Weg in die Politik war ohnehin programmiert, schon allein durch ein SPD-Elternhaus. Folgerichtig trat auch sie mit 26 Jahren in die Partei ein. Am 1. Juni 1995 erreichte sie ihr gewünschtes Ziel: Die gebürtige Krefelderin wurde Abgeordnete des Landtages. „Ich wollte in das Parlament, weil ich dort Schulgesetze mitgestalten kann“, sagte die 58jährige.

Seit Jahren ist Sigrid Klösger, die nach dem Besuch der Höheren Handelsschule in verschiedenen Wirtschaftsbereichen tätig war, Mitglied des Bezirksvorstandes Niederrhein der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik. Und seit 1984 ist sie zudem Ratsmitglied in Krefeld und seit 1989 stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Es war für die Seidenstädter auch keine Frage, sie zur Vorsitzenden des Schulausschusses des Rates zu ernennen. Nebenbei findet Sigrid Klösger noch Zeit, im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und im Verwaltungsrat der Sparkasse Krefeld mitzuwirken. Die Berufsbezeichnung Hausfrau, die sie offiziell angibt, ist von daher stark untertrieben. Mit Recht blickt sie voller Stolz auf das zurück, was sie bislang in der Schulpolitik allein für ihre Heimatstadt Krefeld geleistet hat. Dazu zählt unter anderem die Gründung der ersten Gesamtschule 1986 in Krefeld – und das trotz der damaligen CDU-Mehrheit.

Mit Hilfe des Elternwillens setzte Sigrid Klösger die Pläne seinerzeit federführend durch. Vielleicht ist das auch ein Grund dafür, warum ihre Tochter heute eine Berufsausbildung zur Gesamtschullehrerin absolviert. Inzwischen gibt es drei Gesamtschulen in ihrer Geburtsstadt. Und die Einrichtungen wenden sich allesamt an die Fachfrau Sigrid Klösger, wenn sie Fragen oder Probleme haben. Sie wissen, daß sie der „Motor in Sachen Schule“ ist, viele Initiativen bewegt hat und noch bewegen wird.

„Schlimm ist aber, wie sehr den Kommunen heute über die Spargesetze zu-

gesetzt wird“, beklagt die kulturpolitische Sprecherin Krefelds. Von daher sei es auch traurig, daß die Denkschrift der Bildungskommission erst spät vorgelegt worden sei. Das sei in eine Zeit gefallen, in der überall der Rotstift angesetzt werde. „Trotzdem bin ich über das umfangreiche Gutachten sehr glücklich, auch wenn man über einzelne Punkte durchaus streiten kann“, sagt Sigrid Klösger. Unter die Kritikpunkte fällt ihrer Meinung nach zum Beispiel die Tatsache, daß man Mehrstunden für die Lehrer, wie sie vorgesehen sind, gerechter nach Schulformen verteilen müßte.

Nicht unerheblich ist der Einfluß von Sigrid Klösger auch darauf gewesen, daß Krefeld inzwischen als gute Schulstadt bezeichnet werden kann. So wird an fast allen Einrichtungen bereits Unterricht von 8 bis 13 Uhr erteilt. Eine „Selbstverständlichkeit“, um die in vielen anderen Städten noch hart gerungen wird, seit das Bildungsministerium sich in dieser Frage einschaltete.

„Man muß generell mehr Frauen dazu ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen“, meint die ehrgeizige Politikerin, die bei all ihrem Engagement von Ehemann und Kindern voll unterstützt wird. „Was sie dazu brauchen, ist vor allen Dingen Organisationstalent.“ Eine Gabe, die sich Sigrid Klösger selbst auf die Fahnen schreiben kann. Anders hätte sie ihre Aufgaben „nebenbei“ auch nicht erfüllen können, als die Kinder noch klein waren. Heute aber steckt sie sich immer wieder neue politische Ziele.

Andrea C. Grünen

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 23. 5. bis 9. 6. 1997

23. 5. **Dr. Irmgard Klingbeil** (CDU), 62 J.
 24. 5. **Theo Kruse** (CDU), 49 J.
 25. 5. **Hildegard Niessen** (SPD), 51 J.
 25. 5. **Johannes Rimmel** (GRÜNE), 35 J.
 1. 6. **Ernst-Martin Walsken** (SPD), 50 J.
 5. 6. **Rudolf Henke** (CDU), 43 J.
 5. 6. **Robert Krumbein** (SPD), 41 J.
 6. 6. **Peter Bensmann** (CDU), 55 J.
 7. 6. **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD), 45 J.
 8. 6. **Alexandra Landsberg** (GRÜNE), 29 J.
 9. 6. **Ute Koczy** (GRÜNE), 36 J.

Ernst-Martin Walsken (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, vollendet am 1. Juni sein 50. Lebensjahr. Der Diplomverwaltungswirt aus Solingen war nach Besuch von Real- und Handelsschule sowie Ausbildung für den gehobenen Dienst in der Landesverwaltung bis 1969 als Regierungsinspektor tätig, wurde dann Assistent eines Bundestagsabgeordneten und arbeitete von 1970 bis 1985 als Geschäftsführer des SPD-Bezirks Niederrhein. 1991 übernahm er das Amt des Landesgeschäftsführers des SPD-Landesverbandes NRW, das er bis 1996 innehatte. Seiner Partei gehört er seit 1965 an. Von 1975 bis 1985 war er Mitglied des Rates der Stadt Solingen, ab 1980 als Fraktionsvorsitzender. Im Landtag ist Walsken Mitglied im Ständigen Ausschuß, im Haushalts- und Finanzausschuß sowie im Kulturausschuß.

★

Franz Püll (CDU), Landtagsabgeordneter von 1980 bis 1995, hat seinen 70. Geburtstag begangen. Neben seiner politischen Tätigkeit im Parlament engagierte sich Püll lange Jahre in der Mittelstandsvereinigung der CDU und gehörte deren Landesvorstand an. Von 1975 bis 1990 war er darüber hinaus Ratsmitglied in seiner Heimatstadt Mülheim a. d. Ruhr. Bereits mit 22 Jahren Schornsteinfegermeister geworden, kümmerte er sich Jahrzehnte um seine Innung und um das Handwerk. Bereits 1969 wurde er Landesinnungsmeister der Schornsteinfeger. Seit 1989 ist Franz Püll Vizepräsident der Handwerkskammer Düsseldorf.

★

Hans Koschnik, ehemaliger Bremer Bürgermeister und zuletzt Administrator der Europäischen Union im kroatischen Mostar, ist im Düsseldorfer Rathaus vom Präsidenten der Universität Haifa, **Yehouda Hayuth**, die Urkunde der Ehrendoktorwürde überreicht worden. Die Verdienste Koschnicks u. a. als Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bis 1994 um die Versöhnung mit Israel würdigte Ministerpräsident **Johannes Rau**, der als erster Deutscher den Ehrendoktor der israelischen Universität erhalten hatte. An der Feier nahm auch Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** teil.

★

Josef Krings, im 21. Jahr Oberbürgermeister in Duisburg, gibt sein Amt zum 30. Juni 1997 ebenso auf wie Oberstadtdirektor **Norbert Giersch**. Beide SPD-Politiker wollen nach Angaben der Stadt Duisburg damit den Weg frei machen für die Wahl eines hauptamtlichen Oberbürgermeisters. Josef Krings beging im vergangenen Jahr seinen 70. Geburtstag.

DER PRÄSIDENT DES LANDTAGS NRW, POSTFACH 10 11 43, 40002 DÜSSELDORF
 Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 2382

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Reichshof bietet unberührte Natur

Das oberbergische Feriengebiet Reichshof ist für alle Leute im Land, die noch eine fast unberührte Natur suchen, ein Geheimtip. Darüber hinaus bietet das Ferienland mit den Hauptferienorten Eckenhagen, Denklingen und Wildbergerhütte viele Gelegenheiten zum Erholungs-, Erlebnis- und Aktivurlaub. Darüber hinaus laden über 30 kleinere Weiler und malerische Ortschaften zum Besuch ein. Reichshof liegt eingebettet zwischen Bergen, Wäldern und Wiesen. Die Wiehltalsperre ist gut zu erreichen. Im Heilklimatischen Kurort Eckenhagen ist der drittgrößte Vogelpark Deutschlands angesiedelt. Über 1000 exotische und einheimische Vögel in 150 Arten haben in der Parkanlage mit urwüchsigen Bäumen und natürlichen Bachläufen eine artgerechte Heimat gefunden. 300 Kilometer markierter Wanderwege erschließen den Gästen das gesamte Feriengebiet. Am Biebersteiner Stausee bieten sich gute Angelmöglichkeiten. Wer etwas für seine Gesundheit tun möchte, findet dazu ebenfalls Gelegenheit. Das besonders schonende Klima im Eckenhagener Tal und die reizmilden Faktoren auf den Höhen bis zu 514 Metern schaffen die Voraussetzungen für eine Klimatherapie und wirken sich günstig aus bei nervösen Erschöpfungszuständen und funktioneller Kreislaufschwäche. Der Erholungsort Denklingen (Bild), der Verwaltungssitz der Feriengemeinde Reichshof, ist staatlich anerkannter Erholungsort mit restaurierter Burganlage in der Dorfmitte, die an die einst saynische Herrschaft erinnert. Besuchenswert ist auch der Ferienort Wildbergerhütte mit der St. Bonifatius-Kirche in Bergerhof. Selbst im Winter ist Reichshof ein Ferienland. 34 Kilometer Langlaufloipen, aber auch Fahrten mit dem Pferdeschlitten im Schnee vermitteln in einer aus dem Rhein-Ruhr- und dem Kölner Raum schnell erreichbaren Region echte Wintererlebnisse.

Foto: Verkehrsamt Reichshof

Semesterticket an fast allen Hochschulen des Landes NRW

Das Semesterticket ist außer an der RWTH Aachen, der Kunstakademie Düsseldorf, der Abteilung Gummersbach der Fachhochschule Köln und der Abteilung Minden der Fachhochschule Bielefeld an allen Hochschulstandorten des Landes eingeführt. Darauf verweist Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des GRÜNEN-Abgeordneten Johannes Rimmel. Nach ihren Angaben können alle eingeschriebenen Studierenden das Semesterticket nutzen. Gasthörer und Gasthörerinnen, Zweithörer und Zweithörerinnen, Wehrdienst- und Zivildienstleistende, Schwerbehinderte sowie beurlaubte

Studierende sind von der Teilnahme am Semesterticket auf Antrag freigestellt. Die Zahl der Freigestellten sei sehr gering, betont die Ministerin. Sie berichtet weiter, der Verkehrsverband Rhein-Sieg (VRS) habe mitgeteilt, daß eine Erhebung im Wintersemester 1995/96 eine Nutzerquote von 37 und im Sommersemester 1996 von 33 Prozent ergeben habe. Der Verkehrsverband Rhein-Ruhr (VRR) habe für das Wintersemester 1995/96 rund 45 und für das Sommersemester 1996 rund 40 Prozent ermittelt. Die Ermittlung sei in Form einer Haltestellenerhebung erfolgt und beinhalte keine Nutzer der Deutschen Bahn AG (Drs. 12/1988).